

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Reimer Hansen

Der totale deutsche
Zusammenbruch 1945

Probleme und Ergebnisse
der historisch-politischen
Forschung

B 19/70
9. Mai 1970

Reimer Hansen, Dr. phil., geb. 1937, wissenschaftlicher Assistent am Historischen Seminar der Universität Kiel.

Veröffentlichungen: Das Ende des Dritten Reiches. Die deutsche Kapitulation 1945, Stuttgart 1966 (Kieler Historische Studien, Bd. 2); Die Kriegskonferenzen der Alliierten und das politische Schicksal Deutschlands, Kiel 1966 (Gegenwartsfragen, Heft 15); Militär und Demokratie in der deutschen Geschichte, Kiel 1970 (Gegenwartsfragen, Heft 26).

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der totale deutsche Zusammenbruch 1945

Probleme und Ergebnisse der historisch-politischen Forschung

Ausgangspunkt und Grundlage der folgenden Ausführungen ist meine Arbeit über die deutsche Kapitulation 1945¹⁾, die vor fünf Jahren abgeschlossen wurde. Sie war von Professor Dr. Karl Dietrich Erdmann angeregt und entschieden gefördert worden. Ihm möchte ich diese Abhandlung zu seinem 60. Geburtstag am 29. April 1970 widmen.

I. Einführung und Aufgabenstellung

Seit dem Abschluß meiner Studie ist die Bibliographie zum totalen deutschen Zusammenbruch 1945 um eine ansehnliche Reihe neuer Veröffentlichungen angewachsen. Unter den berichtenden Quellen seien hier die Memoiren von Dönitz²⁾ und Speer³⁾, von Tschuikow⁴⁾ und Schukow⁵⁾, von Dulles und Gaevernitz⁶⁾

und schließlich die Berliner Aufzeichnungen von Margret Boveri aus dem Jahre 1945⁷⁾ hervorgehoben, unter den Darstellungen die aus dem Amerikanischen übersetzten historischen Reportagen von Ryan⁸⁾ und Toland⁹⁾ und — neben einer Reihe von Detailstudien¹⁰⁾ — die Untersuchungen von Baum¹¹⁾ und Steinert¹²⁾, die sich thematisch zu großen Teilen mit meiner Arbeit überschneiden.

¹⁾ Reimer Hansen, Die deutsche Kapitulation 1945 (Phil.-Diss., Masch.), Kiel 1965. In überarbeiteter und erweiterter Fassung erschienen unter dem Titel: Das Ende des Dritten Reiches. Die deutsche Kapitulation 1945, Stuttgart 1966 (Kieler Historische Studien, Bd. 2).

²⁾ Karl Dönitz, Mein wechselvolles Leben, Göttingen 1968. — Die älteren Teilmemoiren von Dönitz, Zehn Jahre und zwanzig Tage, Bonn 1964³⁾, sind hierin weitgehend ausgespart worden und haben durch die autobiographische Grundkonzeption einen weiteren Bezugsrahmen erhalten. Ergänzend hierzu: Gert Sandhofer, Dokumente zum militärischen Werdegang des Großadmirals Dönitz, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1967, S. 59—81.

³⁾ Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt/M. u. Berlin 1969. Ergänzend hierzu: Gregor Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin, Frankfurt/M. u. Wien 1968; Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942—1945, hrsg. u. eingel. v. Willi A. Boelcke, Frankfurt/M. 1969.

⁴⁾ Wassilij Tschuikow, Das Ende des Dritten Reiches, München 1966 (aus dem Russischen).

⁵⁾ Georgi K. Schukow, Erinnerungen und Gedanken, Stuttgart 1969 (aus dem Russischen). Tschuikow und Schukow bestätigen im wesentlichen das von Erich Kuby, Die Russen in Berlin 1945, München, Bern u. Wien 1965, z. T. mit ihrer Hilfe recherchierte Bild. Ergänzend hierzu: Werner Haupt, Berlin 1945. Literaturbericht und Bibliographie, in: Jahresbibliographie 1965. Bibliothek für Zeitgeschichte. Weltkriegsbücherei Stuttgart 37/1965,

Walter Baums Untersuchung „Regierung Dönitz und deutsche Kapitulation“ ist freilich kein völlig neuer Beitrag zur Erforschung des deutschen Zusammenbruches 1945, sondern ein

Frankfurt/M. 1967, S. 383—397; Lew Besymenski, Der Tod des Adolf Hitler, Hamburg 1968; s. auch Anm. 7.

⁶⁾ Allen Dulles u. Gero v. S. Gaevernitz, Unternehmen „Sunrise“. Die geheime Geschichte des Kriegsendes in Italien, Düsseldorf u. Wien 1967 (aus dem Amerikanischen).

⁷⁾ Margret Boveri, Tage des Überlebens. Berlin 1945, München 1968. Für den Historiker bietet das Buch eine Reihe wertvoller Informationen über die Neu- bzw. Wiedergründungen der politischen Parteien und die Entstehung der ersten Zeitungen im Nachkriegsberlin.

⁸⁾ Cornelius Ryan, Der letzte Kampf, München 1966 (aus dem Amerikanischen).

⁹⁾ John Toland, Die letzten hundert Tage, München u. Zürich 1968 (aus dem Amerikanischen).

¹⁰⁾ Hanns von Krannhals, Konzentrationslager — Regierung Dönitz und das Reichsgericht. Zur Genesis einer verhinderten Initiative, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau (WR) 16/1966, S. 371—378.

¹¹⁾ Walter Baum, Regierung Dönitz und deutsche Kapitulation, in: Probleme des Zweiten Weltkrieges, hrsg. v. Anderas Hillgruber, Köln u. Berlin 1967 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 20), S. 347—378.

leicht gekürzter und unter Auswertung neu erschienener Literatur überarbeiteter Wiederabdruck seines Nachworts zur dritten Auflage von Lüdde-Neuraths Buch über die Regierung Dönitz¹³⁾. Anders verhält es sich mit dem Buch von Marlis G. Steinert über „Die 23 Tage der Regierung Dönitz“. Es erhebt zwar — wie es in der Vorbemerkung der Verfasserin heißt — „nicht den Anspruch, grundlegend neue Erkenntnisse zu vermitteln“¹⁴⁾, hat aber gleichwohl in einer umfangreichen und gründlichen Darstellung jenes Epilogs der 23 Tage eine Fülle zum Teil noch nicht bekannter Details

zusammengetragen, die es zu einer wichtigen und wertvollen Informationsquelle über die Regierung Dönitz machen.

In diesem Beitrag soll nun unter Berücksichtigung der neueren Arbeiten und kritischer Einwände der Rezensenten¹⁵⁾ versucht werden, Probleme und Ergebnisse der historisch-politischen Erforschung des totalen deutschen Zusammenbruches im Jahre 1945 darzustellen, und zwar unter folgenden Aspekten: 1. der methodologischen Bewältigung, 2. der historischen Einordnung in den Zweiten Weltkrieg und 3. der historisch-politischen Bedeutung.

II. Zur Methode der Geschichtsschreibung über das Dritte Reich

Der wohl weitreichendste kritische Einwand gegen meine Studie ist von dem Rezensenten der „Stuttgarter Zeitung“, Hans Biegert, formuliert worden. Er wendet sich gegen die historische Methode der Darstellung, wenn er die Frage stellt, „ob diese Art, die schiere Unmenschlichkeit historisch zu ‚verstehen‘ und damit zu rechtfertigen, als methodisches Prinzip für Geschichtsschreibung über das Dritte Reich hinreicht“¹⁶⁾. Biegert ist hier im Eifer

der Entrüstung ein nicht unerheblicher *faux pas* unterlaufen, indem er historisches Verständnis mit Rechtfertigung oder — anders gewendet — die hermeneutische Methode der historischen Geisteswissenschaften mit Apologie gleichsetzt¹⁷⁾. Aber sieht man einmal von dieser unzulässigen Identifikation ab, so bleibt die Frage zu beantworten, ob die hermeneutische Methode angesichts des faktisch Geschehenen — und das heißt in letzter Konsequenz geplanter Eroberungs- und Vernichtungskrieg und organisierter Massenmord — überhaupt hinreicht, um die Geschichte des Dritten Reiches darzustellen. Dabei kann es sich allerdings nicht darum handeln, die Fragestellung auf ihre allgemeine methodologische Problematik zurückzuführen und die Grenzen und Möglichkeiten der Hermeneutik zu diskutieren. Hier wird es vielmehr nötig sein, ihrer ganz speziellen Problematik nachzugehen und zu fragen, ob das methodologische „Modell der Teilnahme an einer eingelebten Kommunikation“¹⁸⁾ der historischen Erforschung und Dar-

¹²⁾ Marlis G. Steinert, Die 23 Tage der Regierung Dönitz, Düsseldorf u. Wien 1967.

¹³⁾ Walter Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1964³, S. 167 ff.

¹⁴⁾ Steinert, S. 10. — Bevor sie sich dem eigentlichen Thema ihrer Darstellung zuwendet, stellt Marlis G. Steinert zunächst die handelnden Personen vor. Dönitz selbst, seine engsten Mitarbeiter, seine militärischen und politischen Berater und die einzelnen Mitglieder der von ihm berufenen „Geschäftsführenden Reichsregierung“ werden — je nach ihrer historischen Bedeutung für die Regierung der 23 Tage — in mehr oder minder ausführlichen Biographien charakterisiert und unter einer Reihe soziologischer, psychologischer und politologischer Aspekte nach ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus befragt. Anschließend werden dann die Maßnahmen der Regierung Dönitz vor und nach der Kapitulation sowie ihre politischen und staatsrechtlichen Konzeptionen ausführlich dargelegt.

¹⁵⁾ Es sollen vor allem die methodischen Fragen in den Rezensionen berücksichtigt werden.

¹⁶⁾ Stuttgarter Zeitung Nr. 59 vom 11. März 1967, S. 69.

¹⁷⁾ Ähnlich Henry Ashby Turner, Jr., in seiner Rezension in: The Journal of Modern History, Chicago, März 1969.

¹⁸⁾ Jürgen Habermas, Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M. 1968, S. 226. — Habermas zeigt a. a. O. aufgrund seiner Kritik der Lebensphilosophie Diltheys, daß — im Unterschied zum „Mo-

stellung des Dritten Reiches adäquat ist, ja, ob hermeneutisches Verstehen die volle historisch-politische Bedeutung des Geschehens von 1933 bis 1945 überhaupt zu erschließen vermag. Die Relevanz dieser Frage betrifft zwar die gesamte Geschichtsschreibung über das Dritte Reich, erstreckt sich also auf die historische Erforschung und Darstellung der Epoche, der der totale deutsche Zusammenbruch im Jahre 1945 als Teilereignis angehört. Aber erst in diesem weiteren — die gesamte Epoche umfassenden — Rahmen wird es möglich, die gestellte Frage — auch speziell für das Teilereignis — zu beantworten.

Diese Frage ist freilich nicht zum erstenmal von Biegert aufgeworfen worden. Sie ist im Grunde so alt wie die Bemühung, das Dritte Reich historisch zu untersuchen, zu beschreiben und einzuordnen; und sie soll hier deshalb auch in der Auseinandersetzung mit bereits vorliegenden Antworten behandelt und auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden. Am eindringlichsten ist sie wohl von Michael Freund in seiner „Deutschen Geschichte“ gestellt und *a priori* mit *n e i n* beantwortet worden, weil sich das Dritte Reich letztlich dem historischen Verständnis entziehe, weil es „nicht deutbar und nicht begreifbar“ sei¹⁹⁾. Für Freund ist allerdings weniger der methodologische Ansatz entscheidend als sein metahistorisches Vorverständnis von Hitler und dem Dritten Reich. „Die Deutschen“, schreibt er, „stehen vor der erschreckenden und fast tödlichen Frage, ob die Zeit von 1933 an ihre Geschichte ist und ob sie wollen dürfen, daß es ihre Geschichte wäre.“ Und weiter: „Die Welt und die Deutschen sind mit dem Erbe Hitlers noch nicht fertig geworden. Man nennt das ‚unbewältigte Vergangenheit‘. Aber eine Vergangenheit, die entweder teuflisch-gemein oder göttlich-groß, untermenschlich oder übermenschlich ist, kann nicht bewältigt werden, weil sie nicht

dell des Hineinversetzens, des prinzipiell einsamen Nachbildens und Nacherlebens“ — allein das methodologische „Modell der Teilnahme an einer eingelebten Kommunikation . . . die spezifische Leistung der Hermeneutik erläutern“ könne.

¹⁹⁾ Vorwort zur Separatausgabe aus der „Deutschen Geschichte“: Michael Freund, Das Dritte Reich 1933—1939, Gütersloh 1963, S. 7.

deutbar und nicht begreifbar ist.“²⁰⁾ Hitler wird durchweg mit den Attributen des Teuflichen beschrieben. Er erscheint als Dämon, als Reinkarnation des Satans, ja als Antichrist und damit als außergeschichtliche Gestalt in der deutschen Geschichte²¹⁾. „Ich weiß nahezu sicher“, schreibt Freund im Vorwort seiner „Deutschen Geschichte“, „daß Hitler kein Deut-

INHALT

- I. Einführung und Aufgabenstellung
- II. Zur Methode der Geschichtsschreibung über das Dritte Reich
- III. Der totale deutsche Zusammenbruch 1945 im Zusammenhang des Zweiten Weltkrieges
 1. Hitlers Kriegsziel: Weltmacht oder Untergang
 2. Das Kriegsziel der Westmächte: „Zerstörung der Nazityrannei“ und Weltfriedensordnung
 3. Stalins rational kalkulierte Expansionspolitik
- IV. Die historisch-politische Bedeutung des totalen deutschen Zusammenbruchs 1945
 1. Die alliierte „Unconditional Surrender“-Politik
 2. Die Reaktion Hitlers und seiner „Paladine“
 3. Dönitz und die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht
 4. Die Regierung Dönitz: Epilog des Dritten Reiches
 5. Das Ende des Deutschen Reiches
- V. Eine Zäsur von weltgeschichtlicher Bedeutung

scher war, sondern ein Mann, den die bösen Geister im Abgrund des österreichisch-ungarischen Völkertopfes gezeugt haben.“²²⁾ Das Dritte Reich wird dann in analoger Weise von Freund „im großen gesehen“ als ein „epilepti-

²⁰⁾ A. a. O.

²¹⁾ Michael Freund, Deutsche Geschichte, Gütersloh 1960, Sp. 1179 ff. — Das von Franz Altheim, Der unbesiegte Gott. Heidentum und Christentum, Hamburg 1957 (rde 35), S. 13 ff. in der zeitgenössischen Geschichtsschreibung konstatierte Auseinanderfallen von Historie und Metahistorie „zu einem Paar feindlicher Brüder“ ist hier also ganz offensichtlich noch einmal überbrückt worden.

²²⁾ Freund, Deutsche Geschichte, S. XIV.

scher Anfall des deutschen Volkes" charakterisiert²³⁾).

Aus diesem metahistorischen Vorverständnis leitet Freund seine Auffassung her, daß der Historiker es nicht wagen könne, Hitler und das Dritte Reich in den „Werdegang der Deutschen Geschichte“ einzuordnen. Denn: „Es ginge aber über die Kraft des deutschen Volkes, dieses Geschehen zur Geschichte zu erheben, und es muß noch immer über die Kraft des deutschen Historikers gehen, dieses Geschehen darzustellen.“²⁴⁾ Gleichwohl hat Freund hieraus nicht die zu erwartende Konsequenz gezogen und die zwölf Jahre des Dritten Reiches aus seiner „Deutschen Geschichte“ ausgeklammert. Ja, es ergibt sich der paradoxe Sachverhalt, daß er sie sogar ausführlicher und überdies auch fundierter als irgendeine andere Epoche der deutschen Geschichte dargestellt hat, und zwar ohne seine historiographische Methode zu ändern²⁵⁾. Gelegentlich in die Darstellung „dieses Teiles der deutschen Geschichte“ [*sic!*] eingeflochtene Hinweise, daß das Dargestellte „sicher nicht mehr Geschichte“²⁶⁾ sei, vermögen diesen Widerspruch allenfalls zu verhüllen, nicht aber aufzulösen.

Freund ist es letzten Endes nicht gelungen, sein metahistorisches oder besser sein ahisto-

risches Vorverständnis Hitlers und des Dritten Reiches in der historiographischen Praxis geltend zu machen. Aber ebensowenig hat er es dann auch vermocht, dieses Vorverständnis anhand seiner historiographischen Praxis zu reflektieren und zu revidieren. Daß Freund schließlich doch nicht umhin konnte, Hitler und das Dritte Reich historisch — und zwar im Entwicklungszusammenhang der deutschen Geschichte — darzustellen, wird darüber hinaus auch im Detail sichtbar. So z. B., wenn er scheinbar belanglose „schmierige Traktätchen“ um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert für beachtenswert hält, „weil die Wassertropfen, die aus einer ganz unscheinbaren Quelle kamen, sich zum Strom des Dritten Reiches entwickelten“²⁷⁾.

Die eigentliche Ursache dieses Widerspruchs zwischen meta- bzw. ahistorischem Vorverständnis²⁸⁾ und historischer Darstellung des Dritten Reiches ist offensichtlich in der historischen, das heißt hermeneutischen Methode Freunds zu suchen. Geschichte — schreibt er — werde „nicht so sehr erkannt, als *erlebt*.“ Und: seine „Deutsche Geschichte“ sei „hervorgewachsen aus dem halben Jahrhundert deutscher Geschichte [*sic!*], die ich *miterlebte*“²⁹⁾. Die Verben *erleben* und *miterleben* sind hier bewußt hervorgehoben worden, da sie den von der historischen Methode des hermeneutischen Verstehens vorausgesetzten Lebens- und Kommunikationszusammenhang mit dem Gegenstand besonders deutlich machen, dessen Ziel nun einmal die Formulierung und Vermittlung evidenter Einsichten aus eben jener Teilnahme an der eingelebten Kommunikation mit den histori-

²³⁾ Vorwort zu: Walter Bernhard, Die deutsche Aufrüstung 1934—1939, Frankfurt/M. 1969, S. 7.

²⁴⁾ Vorwort der in Anm. 19 zitierten Separatausgabe aus der „Deutschen Geschichte“, S. 8. — In diesem Zusammenhang sei noch auf ähnliche und verwandte Ansätze in der Beurteilung Hitlers und des Dritten Reiches hingewiesen bei: Gottfried Benn, Zum Thema Geschichte (1943), Gesammelte Werke, hrsg. v. Dieter Wellershoff, 1. Bd., Wiesbaden 1965³⁾, S. 371 ff. (dazu: Beda Allemann, Gottfried Benn. Das Problem der Geschichte, Pfullingen 1963, S. 19 ff.); Max Picard, Hitler in uns selbst, Erlenbach-Zürich 1946⁴⁾, insbes. S. 193 ff.; Erich Müller-Gangloff, Vorläufer des Antichrist, Berlin 1948, insbes. S. 17 ff., 301 ff.; Dirk Wellmann, Die Enthüllung des Antichrist. Eine geschichtstheologische Studie über das Dritte Reich, Celle 1967.

²⁵⁾ Neben dem bereits zitierten Separatdruck liegen noch folgende separaten Veröffentlichungen über seine Darstellung des Dritten Reiches vor: Michael Freund, Der zweite Weltkrieg, Gütersloh 1962; ders., Deutschland unterm Hakenkreuz. Die Geschichte der Jahre 1933—1945, Gütersloh 1965. Darüber hinaus nimmt gerade das Dritte Reich unter den Gegenständen der historischen Arbeiten Freunds einen hervorragenden Rang ein.

²⁶⁾ Freund, Deutsche Geschichte, Sp. 1502.

²⁷⁾ Freund, Deutsche Geschichte, S. XII.

²⁸⁾ Es ist hier nicht der Ort, den Ursachen von Freunds meta- bzw. ahistorischem Bild von Hitler und dem Dritten Reich im einzelnen nachzugehen. Möglicherweise kommt hier — freilich in modifizierter Gestalt — jener autosuggestive Trieb zum Ausdruck, „unsere jüngste Vergangenheit zu verdrängen und dadurch so zu tun, als wenn wir unhistorische Wesen wären“; Alfred Heuss, Verlust der Geschichte, Göttingen 1959, S. 61; hierzu auch: Gert Kalow, Hitler — Das gesamtdeutsche Trauma. Zur Kritik des politischen Bewußtseins, München 1967, passim, insbes. S. 12.

²⁹⁾ Freund, Deutsche Geschichte, S. XIII.

schen Zeugnissen — sprich historisches Verständnis — ist, nicht aber die Demonstration des Unbegreiflichen.

Sucht man Freund widersprüchliches und inkonsequentes Bild von Hitler und dem Dritten Reich gleichwohl auf ein rationales Erklärungsmodell zurückzuführen, so werden zwei unterschiedliche Begriffe des Historischen deutlich: 1. der rein zeitliche des ununterbrochen fortlaufenden „historischen Geschehens“ und 2. der inhaltlich fixierte „der eigentlichen und wahren Geschichte“ als einer „lebenden Entwicklung der Nation und der Menschheit“³⁰⁾. Die zwölf Jahre des Dritten Reiches erscheinen — mit den Begriffen dieses Modells — als vergangenes *Geschehen*, nicht aber als fortlebende *Geschichte*, ja sie haben die Kontinuität der deutschen Geschichte — um noch einmal Freund zu zitieren — „durch einen Abgrund der radikalen Sinnlosigkeit und Unbegreiflichkeit in zwei Teile auseinandergerissen“³¹⁾.

Dieses Modell wird auch in Hannah Arendts Untersuchung der „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ transparent, freilich nur in seinem rationalen Grundmuster. Hannah Arendt stellt der totalitären Herrschaft — insbesondere des Dritten Reiches — ebenfalls einen inhaltlich fixierten Geschichtsbegriff gegenüber: den an der Humanitätsidee orientierten normativen Handlungs- und Verantwortungszusammenhang der abendländischen Geschichte. Die Gaskammern des Dritten Reiches haben — mit ihren Worten — „die Kontinuität abendländischer Geschichte unterbrochen, weil niemand im Ernst die Verantwortung für sie übernehmen und man niemand im Ernst für sie verantwortlich machen kann“³²⁾.

Hannah Arendt bezeichnet es jedoch im Unterschied zu Freund ausdrücklich als „Aufgabe der historisch-politischen Wissenschaften“,

³⁰⁾ Vorwort zur in Anm. 19 zitierten Separatausgabe, S. 8.

³¹⁾ A. a. O. — So auch Picard, S. 205: „Der Nationalsozialismus ist kein Teil der Geschichte, keine Episode in ihr, der Nationalsozialismus ist ein Einbruch in die Geschichte, er ist geschichtslos.“

³²⁾ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt/M. 1955, S. 726.

jenen Ereignissen nachzugehen und festzustellen, mit welchen Mitteln und in welchem Funktionszusammenhang sie ins Werk gesetzt worden seien. Eine methodologische Alternative zur Hermeneutik der historischen Geisteswissenschaften verbindet sie hiermit freilich nicht. Es sei jedoch wichtig, sich darüber klar zu werden, daß es sich nicht darum handeln könne, „das spezifisch Unerhörte durch beliebige Parallelen mit der Vergangenheit wegzuerklären“, sondern im Gegenteil das „wesentlich Neue“ in den Blick zu bekommen. „Als Historiker“, schreibt sie, „sind wir an Neues gewöhnt und haben gleichsam kein Recht, uns zu entsetzen. Das Entsetzen gilt nicht dem Neuen schlechthin, sondern der Tatsache, daß dies Neue den Kontinuitätszusammenhang unserer Geschichte und die Begriffe und Kategorien unseres politischen Denkens sprengt.“ Aus seinen Elementen und Ursprüngen sei es nicht zu erklären, weder durch die Explikation eines Kausalzusammenhanges noch durch „das ‚historische Verstehen‘ einer Entwicklung.“ Denn: „In beiden Fällen wird das eigentlich neu sich Ereignende, womit die Geschichtswissenschaft es jeweilig zu tun hat, aus der Geschichte entfernt — das heißt, die Geschichtswissenschaften werden ihres eigentlichen Inhalts beraubt.“³³⁾

Hannah Arendt hat den so beschriebenen Kontinuitätsbruch der normativ definierten abendländischen Geschichte allerdings nicht hinreichend mit der historischen Darstellung ihres Themas in Einklang gebracht, denn sie sieht den Bruch nicht nur in der gleichsam sprunghaften Erscheinung des qualitativ Neuen, sondern auch im Zusammenhang einer vorausgegangenen historischen „Entwicklung“, in der die Elemente des Neuen freigesetzt wurden, um sich dann in „ihrer totalitären Kristallisationsform“ als eben jenes spezifisch Neue zu konstituieren³⁴⁾. Sie hat fast zwei Drittel ihrer Darstellung darauf verwandt, um diese Elemente bis „in ihre historischen Ursprünge“

³³⁾ A. a. O.

³⁴⁾ Arendt, S. XII.

zurückzuverfolgen³⁵⁾, den Akt ihrer Kristallisation, den eigentlichen Geschichtsbruch, jedoch den historisch-politischen Wissenschaften als „Aufgabe“ überlassen, um sich dann der Analyse des Neuen — der totalitären Bewegung und der totalen Herrschaft — zuzuwenden.

Die große Mehrzahl der Historiker — allen voran der alte Friedrich Meinecke — ist weniger der von Hannah Arendt bezeichneten Aufgabe als vielmehr der genuin historischen Fragestellung nach der Entstehung und Entwicklung des „Neuen“ im Zusammenhang der deutschen und europäischen Geschichte nachgegangen. Freilich liegt diesem Bemühen um historisches Verständnis ein empirisch offener Geschichtsbegriff zugrunde, der sich vom normativen insbesondere dadurch unterscheidet, daß er das Dritte Reich *a priori* in den Entwicklungszusammenhang der deutschen wie der abendländischen Geschichte miteinbezieht.

Er ist aber nicht nur von dem normativen, sondern auch von dem deterministischen Geschichtsbegriff abzugrenzen, der jenem bekannten Erklärungsmodell zugrunde liegt, das Hitler und das Dritte Reich samt allen vorausgegangenen Stationen und Perioden der deutschen Geschichte aus einem unterstellten konstanten Nationalcharakter der Deutschen herleitet und in geradlinig konstruierter Kontinuität als „logische Fortsetzung deutscher Geschichte“ — namentlich des Luther- und Preußentums — abstempelt³⁶⁾. Dieses pseudohistorische Erklärungsmodell war vor allem ein Instrument der Politik, weniger der historischen Methode. Es war insbesondere in der historisch-politischen Selbstdarstellung des Dritten Reiches und seiner Verurteilung durch die Siegermächte in der unmittelbaren Nachkriegszeit

weitverbreitet, ist heute aber kaum noch virulent, da es die entscheidende Voraussetzung seines Gültigkeitsanspruches, den Nachweis eines geschichtslosen Substrats der deutschen Geschichte in der Art eines unwandelbaren deutschen Nationalcharakters, schuldig bleiben mußte³⁷⁾ und es überdies einer kritischen Überprüfung der wissenschaftlichen Historie nicht standzuhalten vermochte³⁸⁾.

Die eigentlich historische Untersuchung und Beurteilung des Dritten Reiches wurde durch Friedrich Meineckes Bekenntnisschrift „Die deutsche Katastrophe“ eingeleitet. Meinecke bezeichnete das Dritte Reich *expressis verbis* als eine geschichtliche, aus deutschen und europäischen „Entwicklungskräften abzuleitende Erscheinung“ und sprach von einer „erstaunlichen Umbiegung der bis dahin verlaufenen Hauptentwicklungslinie in Europa“³⁹⁾.

Es ist hier nicht der Ort, die kaum noch überschaubare Literatur über das Dritte Reich — und sei es auch nur im groben Überblick — zu referieren, geschweige denn anhand dieser Literatur dem Problem historischer Kontinuität und Diskontinuität im Verlauf der „erstaunlichen Umbiegung“ im einzelnen nachzugehen⁴⁰⁾. Hier möge indessen — im An-

³⁵⁾ Hierzu: Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, passim, insbes. S. 35 ff., 410 ff.

³⁶⁾ Hierzu vor allem: Gerhard Ritter, *Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens*, München 1948. In überarbeiteter Neuaufl. erschienen unter dem Titel: *Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute*, München 1962.

³⁷⁾ Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946², S. 9.

³⁸⁾ Hier sei nur auf einige wenige Arbeiten verwiesen, die für die *historische* Beurteilung und Einordnung des Dritten Reiches von zentraler Bedeutung sind: Karl Dietrich Erdmann, *Das Dritte Reich im Zusammenhang der deutschen Geschichte*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU)* 12/1961, S. 405 ff.; Theodor Schieder, *Zum Problem der historischen Wurzeln des Nationalsozialismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 5/63 v. 30*, Januar 1963, S. 19 ff.; Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963, insbes. S. 23 ff., 343 ff.; Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur*, Köln, Berlin 1969; Andreas Hillgruber, *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Düsseldorf 1969.

³⁵⁾ A. a. O.

³⁶⁾ So William L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, Bd. I, München u. Zürich 1963 (aus dem Amerikanischen), S. 111. — Hierzu: Klaus Epstein, *Der Nationalsozialismus in amerikanischer und englischer Sicht*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 5/63 v. 30*, Januar 1963, S. 34 ff. Epstein zeigt dort besonders deutlich, daß für Shirer „— grob gesprochen — Deutsche eben nun mal von Natur aus immer Nazis waren, heute noch sind und vermutlich auch weiter bleiben werden“ (S. 35).

schluß an die eingangs formulierte Frage — die Feststellung genügen, daß die spezifisch historische Fragestellung von dem unmittelbaren Interesse geleitet war, „unser Schicksal tiefer zu verstehen“ (F. Meinecke)⁴¹⁾ und „über die moralische Selbstanklage hinaus zu einem historischen Verständnis des Geschehens zu kommen“ (G. Ritter)⁴²⁾, und daß dieses Interesse unsere Kenntnis der Ereignisse und Entwicklungszusammenhänge so sehr erweitert hat, daß es wohl keinen anderen Abschnitt der deutschen Geschichte geben dürfte, über den wir „so viel wissen wie über die Jahre 1933 bis 1945“ (K. D. Erdmann)⁴³⁾.

Auch Michael Freund und Hannah Arendt haben zweifellos hierzu beigetragen. Sie haben das Dritte Reich zwar mit Hilfe eines material bestimmten Geschichtsbegriffes aus der deutschen bzw. abendländischen Geschichte herausdefiniert, nicht aber aus jenem Lebens- und Kommunikationszusammenhang, der die Voraussetzung auch ihrer historischen Erkenntnis bildet. Auch sie haben sich also der hermeneutischen Methode bedient und damit das Dritte Reich — *nolens volens* — wieder in die Geschichte eingefügt. Sucht man das Freund und Arendt gemeinsame Erklärungsmodell historiographisch einzuordnen, so wird man es in die Nähe jener „kritischen Art der Historie“ rücken müssen, der Friedrich Nietzsche in seiner zweiten „unzeitgemäßen Betrachtung“ die Aufgabe bestimmt hatte, „eine Vergangenheit zu zerbrechen und aufzulösen, um leben zu können“⁴⁴⁾. Um möglichen Mißverständnissen von vornherein vorzubeugen: „kritisch“ wird hier von Nietzsche keineswegs in seiner vollen bzw. vorherrschenden, sondern ausschließlich in seiner partiellen Wortbedeutung als „inquisitorisch, verurteilend, zerstörend“ benutzt.

Einen anderen Ansatz zur Negation der eingangs gestellten Frage hat Ralf Dahrendorf

formuliert. Er weist auf das „Element der Belieblichkeit“ hin, das aller historischen Erkenntnis durch die hermeneutische Methode gleichsam eingeboren sei, da sie nicht auf kontrollierbare Theorien, sondern evidente Einsichten ziele. Das Äußerste, was historische Darstellung erreichen könne, sei „das überzeugte Kopfnicken des Lesers“⁴⁵⁾. Denn sie beschreibe, „was gewesen ist, ohne zudem ihren Aussagen die strenge Geltung von Sätzen zu geben, die an kontrollierbarer Erfahrung scheitern können“⁴⁶⁾. Dahrendorf hat seiner Untersuchung von „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ zwar noch keine allgemeine Theorie des Verhältnisses von Demokratie und Sozialstruktur voranstellen können, wohl aber eine „theoretische Perspektive, die uns dazu verhelfen kann, die größten Fehler der anderen Ansätze zu vermeiden sowie das unendliche Material der Realität einer Gesellschaft zu gliedern und auf einen gemeinsamen Aspekt zu beziehen“⁴⁷⁾.

Dahrendorf hat hier mit Recht auf einen wesentlichen methodologischen Unterschied zwischen den — in der Terminologie Diltheys — historischen und systematischen Geisteswissenschaften hingewiesen, er hat ihn aber zugleich auch in seinem speziellen Fall über Gebühr generalisiert und polarisiert. Denn einerseits ist Theorienbildung der Geschichtswissenschaft keineswegs fremd⁴⁸⁾ und andererseits ist gerade die spezielle Fragestellung seiner Untersuchung mit der ausgesprochenen Intention, „die Geschichtlichkeit alles Sozialen“ deutlich machen zu wollen⁴⁹⁾, so sehr den historischen Geisteswissenschaften verhaftet, daß auch seine theoretische Perspektive in einer Art Rückkoppelung an die konkrete Historie und damit an das methodologische Modell der Hermeneutik gebunden bleibt. Theorienbildung bzw. „theoretische Perspektiven“ sind nicht nur für die systematischen, sondern auch für die historischen

⁴¹⁾ Meinecke, S. 5 f.

⁴²⁾ Ritter, 2. Aufl., 1962, S. 192.

⁴³⁾ Erdmann, S. 405.

⁴⁴⁾ Friedrich Nietzsche, Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, Stuttgart 1962 (RUB Nr. 7134), S. 25.

⁴⁵⁾ Dahrendorf, S. 33.

⁴⁶⁾ Dahrendorf, S. 43.

⁴⁷⁾ A. a. O.

⁴⁸⁾ Hierzu: Hans Mommsen, Historische Methode, in: Das Fischer Lexikon 24, Geschichte, hrsg. v. Waldemar Besson, Frankfurt/M. 1961, S. 90 f.

⁴⁹⁾ Dahrendorf, S. 43, s. auch S. 35.

Geisteswissenschaften von zentraler Bedeutung⁵⁰⁾, soweit sie jedoch dazu bestimmt sind, individuierte historische Prozesse zu erfassen, lassen sie sich nicht von der Hermeneutik ablösen⁵¹⁾.

Gleichwohl sind Dahrendorfs „theoretische Perspektive“ und seine Demonstration der Historizität des Sozialen dazu geeignet, das „Element der Beliebigkeit“, das er *a fortiori* in geistesgeschichtlichen Ableitungen sieht⁵²⁾, einzuschränken. Arnold Gehlen hat darüber hinaus vom Historiker verlangt, daß er die „Violdimensionalität seines Gegenstandes“ zur Geltung kommen lasse, indem er neben den politischen auch die soziologischen, ökonomischen und psychologischen Faktoren berücksichtige und seinen Gegenstand „sozusagen innerhalb wechselnder Bezugssysteme“ interpretiere⁵³⁾. Dieser Ansatz entspringt im Grunde der gleichen Intention wie der Dahrendorfs, trägt jedoch mehr dem universalen Charakter der Geschichte Rechnung. Aber auch er ist der Geschichtswissenschaft keineswegs fremd und bleibt in gleicher Weise an die Hermeneutik gebunden wie die Theorienbildung.

Historische Theorienbildung und mehrdimensionaler Bezug sind also keine echten Ergänzungen oder gar Alternativen, sondern Implikationen der historischen Methode und können deshalb nicht zur Argumentation für eine Verneinung der gestellten Frage herangezogen werden. Wie aber ist es um die „kritische Art der Historie“ bestellt? Hatte die nationalsozialistische Historiographie die „monumentalische“ Art der Historie⁵⁴⁾ bevorzugt und

auf diese Weise ihren Beitrag zum Führerkult der NSDAP geleistet, so wurde nach dem totalen Zusammenbruch des Dritten Reiches die „kritische“ allgemein vorherrschend. Hitler und seine Politik wurden mit dem Vokabular des Abscheus, der Empörung und des Hasses beschrieben. Max Picard⁵⁵⁾, Michael Freund und Hannah Arendt haben das Dritte Reich sogar aus der deutschen bzw. abendländischen Geschichte ausgeklammert. So verständlich diese „kritische Art der Historie“ angesichts des faktisch Geschehenen und persönlich Erlebten auch immer erscheinen mag, so klar, stellt Eberhard Jäckel in seiner Untersuchung der Weltanschauung Hitlers fest, liege es aber auch zu Tage, daß dies „die einfache Erkenntnis dessen, was war, das wirkliche Verständnis nicht gefördert hat und nicht fördern konnte“.

Wer von vornherein, sei es, weil er nicht anders könne oder nicht anders wolle, mit dem Vokabular leidenschaftlicher Ablehnung und moralischer Entrüstung arbeite, wer fortgesetzt abwertende Führungszeichen setze und meine, sich in jeder Zeile distanzieren zu müssen, der dürfe auch nicht erwarten, „daß er etwas versteht“. Denn: „Haß macht noch immer blind, und den Schaden trägt in diesem Falle, im Falle einer wissenschaftlichen Debatte, nicht der Gehäßte, sondern der Hassende.“ Eine leidenschaftslose Darstellung Hitlers sei überdies demaskierend genug, um den ständigen Gebrauch von Epitheta des Abscheus zu erübrigen. Jäckel schlägt daher im Interesse der historischen Erkenntnis den „Mittelweg nüchterner Analyse“ ein⁵⁶⁾. Und seine Untersuchung selbst gibt dieser Option vollauf recht, denn sie gelangt — wie noch in anderem Zu-

⁵⁰⁾ Als Beispiel hierzu: Benno von Wiese, Zur Kritik des geisteswissenschaftlichen Epochenbegriffes, in: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte 11/1933, S. 130 ff.

⁵¹⁾ Allgemein hierzu: Habermas, S. 231 ff.

⁵²⁾ Dahrendorf, S. 33.

⁵³⁾ Arnold Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, Hamburg 1957 (rde 53), S. 25. Hierzu auch: Christian Meier, Entstehung des Begriffs „Demokratie“. Vier Prolegomena zu einer historischen Theorie, Frankfurt/M. 1970 (es 387), S. 182 ff. Meier plädiert dafür, „es mit einer methodisch bewußten multiperspektivischen Geschichtsschreibung (und -betrachtung) zu versuchen“ (S. 214).

⁵⁴⁾ Nietzsche hatte in seiner zweiten „unzeitgemäßen Betrachtung“ (s. Anm. 44) der „historischen

Krankheit“ seiner Zeit folgende „Dreiheit von Arten der Historie“ gegenübergestellt: „eine monumentalische, eine antiquarische und eine kritische Art der Historie“ (a. a. O., S. 14). Wir können hier Nietzsches allgemeine Definition der „monumentalischen“ wie der „kritischen“ Historie ohne wesentliche Einschränkungen übernehmen, die der „antiquarischen“ werden wir hingegen im Sinne einer vorurteilsfrei analysierenden und verstehenden Historie modifizieren müssen. — S. hierzu auch: Heuss, S. 67.

⁵⁵⁾ S. Anm. 24 und 31.

⁵⁶⁾ Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969, S. 22.

sammenhang zu zeigen sein wird — auf dem Wege eindringender Analyse zu Ergebnissen und Erkenntnissen, die der „kritischen Art der Historie“ verschlossen geblieben waren. Diese Überlegenheit der nüchtern analysierenden und verstehenden Historie gilt freilich nicht nur für Jäckels Untersuchung, sie läßt sich für die vorliegende historische Literatur zum Dritten Reich in aller Regel verallgemeinern.

Kehren wir nun zur Ausgangsfrage zurück, so ist festzustellen, daß sich keiner der diskutierten Ansätze für eine negative Beantwortung als stichhaltig erwiesen hat. Positiv gewendet: Die historische Methode des hermeneutischen Verstehens hat sich für die Erforschung und Darstellung der Geschichte des Dritten Reiches nicht nur als notwendig, sondern durchaus als hinreichend und angemessen erwiesen. „Für die Teilnahme an den Maßnahmen des Dritten Reiches“, schreibt Marlis G. Steinert, „gibt es keine Entschuldigung. Will man sie aber begreifen — denn nur das Verständliche kann überwunden werden —, muß man sich in die Lage der Betroffenen versetzen. Aus dieser verstehenden Identifikation eine

Apologie des Nationalsozialismus herauslesen zu wollen, hieße das Wesen der Geschichtsschreibung mißzuverstehen.“⁵⁷⁾

Im übrigen kann es wohl schwerlich Sinn solcher historischen Bemühung um das Dritte Reich sein, „die schiere Unmenschlichkeit historisch zu ‚verstehen‘“⁵⁸⁾, sondern vielmehr — im Angesicht des tatsächlich Geschehenen — die Frage danach, „was der Mensch sein kann“, was „faktisch menschenmöglich“ ist⁵⁹⁾, neu zu beantworten. Das Dritte Reich hat das optimistische, an der klassischen Humanitätsidee orientierte Bild vom Menschen zerstört und entscheidend mit dazu beigetragen, daß wir — mit dem Worten Adolf Portmanns — „heute wieder deutlicher sehen, wie menschlich auch die entsetzlichste Roheit unseres Tuns noch ist“. Sie erscheint uns nicht mehr als das inhumane, nicht zu uns und unserem Wesen gehörende Böse, sondern als „schwer lastende Menschlichkeit. Wir durchschauen heute die Selbsttäuschung, die von ‚Rückfall in primitive Barbarei und Brutalität‘ sprach, wo doch ein Extrem unseres Verhaltens vorliegt, dessen Möglichkeit in jedem von uns schlummert.“⁶⁰⁾

III. Der totale deutsche Zusammenbruch 1945 im Zusammenhang des Zweiten Weltkrieges

Projiziert man nun die Ergebnisse dieser Diskussion auf das spezielle Thema des totalen deutschen Zusammenbruches im Jahre 1945, so wird man der nüchtern analysierenden und verstehenden Historie zweifellos den Vorrang zu geben haben. Mehrdimensionaler Bezug wird nicht nur — nach dem Beispiel Marlis G. Steinerts — bei der Darstellung der handeln-

den Personen⁶¹⁾, sondern auch bei der Beurteilung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands als eines Ereignisses von militärischer, staatlich-politischer sowie staats- und völkerrechtlicher Bedeutung nötig sein⁶²⁾.

Darüber hinaus wird es zur Gliederung, Gestaltung und Deutung des amorphen Stoffes

⁵⁷⁾ Steinert, S. 10. — Aus diesen Ausführungen scheint noch das methodologische Modell des Sich-Hineinversetzens und Nacherlebens zu sprechen; gleichwohl verfährt auch Marlis G. Steinert methodisch nach dem „Modell der Teilnahme an einer eingelebten Kommunikation“ mit den historischen Zeugnissen (s. Anm. 18).

⁵⁸⁾ S. Anm. 16.

⁵⁹⁾ Karl Dietrich Erdmann, Die Zukunft als Kategorie der Geschichte, in: Historische Zeitschrift (HZ) 198/1964, S. 49.

⁶⁰⁾ Adolf Portmann, Zoologie und das neue Bild vom Menschen. Biologische Fragmente zu einer Lehre vom Menschen, Hamburg 1956 (rde 20), S. 112.

⁶¹⁾ Steinert, S. 51 ff. Vgl. hierzu Anm. 14.

⁶²⁾ Vgl. hierzu u. a.: Baum, S. 354 ff.; Hansen, S. 210 ff.; Steinert, S. 315 ff.

einer „theoretischen Perspektive“ bedürfen. Sie soll im folgenden — in der historischen Einordnung des totalen deutschen Zusammenbruchs in den Zusammenhang des Zweiten Weltkrieges — herausgearbeitet werden. Dabei empfiehlt es sich nicht, von einer alles Geschehen erfassenden universalgeschichtlichen Konzeption des Zweiten Weltkrieges⁶³⁾ auszugehen, sondern von den politischen Zielsetzungen der auf dem europäischen Kriegsschauplatz bis zur bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches miteinander ringenden Mächte. Das waren das nationalsozialistische Deutschland, die Westmächte und die Sowjetunion.

1. Hitlers Kriegsziel: Weltmacht oder Untergang

Die Kriegsziele des nationalsozialistischen Deutschlands waren die Kriegsziele Hitlers. Daran kann nach dem gegenwärtigen Stand der zeitgeschichtlichen Forschung kein Zweifel mehr bestehen. Hatte Hitler lange Zeit — unter der Vorherrschaft der „kritischen Art der Historie“ — als ein programmloser Opportunist gegolten, der die totale Herrschaft nur um ihrer selbst willen erstrebt und ausgeübt habe, so konnte der Oxforder Historiker Hugh Redwald Trevor-Roper vor einem Jahrzehnt in seiner Untersuchung der Kriegsziele Hitlers anhand der vorliegenden Hitler-Zeugnisse von „Mein Kampf“ bis zu den testamentarischen Vermächtnissen vom 29. April 1945 deutlich machen, daß sie „ausnahmslos absolute Übereinstimmung und Folgerichtigkeit in Denken und Handeln“ bezeugen und daß bereits „Mein Kampf“ eine „völlig durchkonstruierte politische Philosophie“ widerspiegelt⁶⁴⁾. Eberhard

Jäckel hat diese Erkenntnis in seiner wesentlich breiter angelegten Untersuchung der Weltanschauung Hitlers vollauf bestätigt. Hitler — so zeigt Jäckel — hatte nicht nur ein Programm klar definierter politischer Ziele, er hatte darüber hinaus auch ein Geschichtsbild, in dem er seine politischen Vorstellungen zu einer kohärenten Weltanschauung, zu einer Synthese, zusammenführte.

Jäckel untersucht zunächst die beiden Hauptkomponenten dieser Weltanschauung: das außenpolitische Konzept und den radikalen Antisemitismus. Ziel des außenpolitischen Konzepts war der „Lebensraum im Osten“, den Hitler in einem Eroberungskrieg gegen die Sowjetunion gewinnen wollte; Ziel des radikalen Antisemitismus die Entfernung — und das hieß in letzter Konsequenz die physische Ausrottung — der Juden. Das eigentliche Programm der NSDAP, das Hitler am 24. Februar 1920 selbst verkündet hatte, besaß dagegen nur instrumentalen Charakter. Jäckels Analyse dieses Programms macht unmißverständlich deutlich, daß Staat und Partei für Hitler nur Mittel zum Zweck waren, „allerdings — und das ist schlechthin entscheidend — zu einem sehr genau bestimmten Zweck, nämlich zur Verwirklichung der beiden Zielvorstellungen, der bodenpolitischen und der antisemitischen“⁶⁵⁾. Aus der biographischen Einordnung dieser zentralen Zielvorstellungen wird ersichtlich, daß sich Hitlers außenpolitisches Konzept und sein radikaler Antisemitismus zunächst unabhängig voneinander entwickelt und ausgeprägt haben, bevor sie aufeinander bezogen und in einem — von der darwinistischen Grundvorstellung des *struggle for life* bestimmten — Geschichtsbild zusammengefügt wurden. Es bedarf — mit Jäckels Worten — sicherlich keiner besonderen Darlegung, „daß diese Weltanschauung, deren Mittel von vornherein und unverhüllt ausschließlich Krieg und Mord waren, von wohl keiner anderen an Primitivität und Brutalität jemals übertroffen worden war und ist. Aber darum war sie nicht weniger eine in sich schlüssige Synthese“⁶⁶⁾.

⁶³⁾ Zur universalgeschichtlichen Konzeption des Zweiten Weltkrieges: Hans-Adolf Jacobsen, Zur Konzeption einer Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939 bis 1945. Disposition mit kritisch ausgewähltem Schrifttum, Frankfurt/M. 1964; ders., Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten, Frankfurt/M. 1965 (Fischer Bücherei 645/646); Eberhard Jäckel, Lebensraum oder Friedensordnung. Versuch einer neuartigen Gliederung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, in: Die Zeit vom 19. März 1965.

⁶⁴⁾ Hugh Redwald Trevor-Roper, Hitlers Kriegsziele, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZG) 8/1960, S. 122 f.

⁶⁵⁾ Jäckel, S. 106.

⁶⁶⁾ Jäckel, S. 141.

Hitlers Weltanschauung war bei der völligen „Übereinstimmung in Denken und Handeln“ freilich nicht nur Geschichtsbild, sie war zugleich politische Grundhaltung. Lebensraumgedanke und Antisemitismus als politische Ziele haben ihre tieferen Wurzeln in dieser politischen Grundhaltung Hitlers, die sich nicht an Recht und Moral, sondern an den Kategorien des Darwinismus orientierte. Hitler deutete alles historisch-politische Geschehen als einen unerbittlichen „Lebenskampf“ der Rassen, der Völker und der Individuen, der — wie er in „Mein Kampf“ schrieb — „nur den Allerstärksten und Gesündesten am Leben läßt“. Der Stärkere werde stets den Schwachen verjagen, „da der Drang zum Leben in seiner letzten Form alle lächerlichen Fesseln einer sogenannten Humanität der einzelnen immer wieder zerbrechen wird“⁶⁷⁾. Daher habe nicht die Humanität, sondern „das eherne Gesetz der Notwendigkeit und des Rechtes des Sieges des Besten und Stärkeren“ als Richtschnur allen politischen Handelns zu gelten⁶⁸⁾.

Clausewitz' klassische Definition des Krieges als Instrument der Politik hat in Hitlers Weltanschauung ihre Geltung verloren. Hitler stellte ihr die des absoluten Naturgesetzes gegenüber, dem alle Lebensäußerungen — und daher auch die Politik — unterworfen seien. „Krieg“, führt er in einem der von Rauschnig aufgezeichneten Gespräche aus, „ist das Natürlichste, Alltäglichste. Krieg ist immer, Krieg ist überall. Es gibt keinen Beginn, es gibt keinen Friedensschluß. Krieg ist Leben.“⁶⁹⁾ Und deshalb ist auch die Politik wesentlich von diesem „ewigen Kampf“ bestimmt. In seinem „Zweiten Buch“ schreibt Hitler, daß „Politik in Wahrheit die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes“ sei. Und weiter: „Wenn die höchste Aufgabe der Politik die Erhaltung und Fortführung des Lebens eines Volkes ist, dann ist damit dieses Leben der ewige Einsatz, mit dem sie kämpft, ringt und um den und über den entschieden wird. Ihre Aufgabe ist damit,

die Erhaltung einer Substanz aus Fleisch und Blut. Ihr Erfolg ist die Ermöglichung dieser Erhaltung. Ihr Mißerfolg ist die Vernichtung, also der Verlust dieser Substanz. Damit aber ist die Politik stets die Führerin des Lebenskampfes, die Leiterin desselben, seine Organisatorin, und ihre Wirksamkeit wird, ganz gleich wie der Mensch sie formal bezeichnet, die Entscheidung über Leben oder Tod eines Volkes bringen. — Es ist notwendig, sich dies klar vor Augen zu halten, weil damit die beiden Begriffe Friedens- oder Kriegspolitik sofort in ein Nichts versinken.“⁷⁰⁾

Diese wenigen Zitate, die sich mühelos fortsetzen ließen, mögen hier genügen, um die radikale politische Grundhaltung Hitlers mit ihrem brutalen Zynismus gegenüber jeglicher Bindung an Recht und Moral und ihrem uneingeschränkten Bekenntnis zum „Recht“ des Stärkeren hinreichend zu charakterisieren. Hitler wählte sich dazu berufen, den „Lebenskampf“ des deutschen Volkes zur Eroberung neuen „Lebensraumes im Osten“ und zugleich — wie es in seiner Diktion heißt — gegen die „jüdische Welthydra“⁷¹⁾ zu führen. Er hat den vermeintlichen „Lebenskampf“ — den Zweiten Weltkrieg — dann auch nach der Machtergreifung zielbewußt herbeigeführt und in völlig logischer Konsequenz seines politischen Darwinismus und seiner Rassenideologie als „Entscheidung über Leben oder Tod“ des deutschen Volkes geführt.

Hans-Adolf Jacobsen hat in seiner Untersuchung der nationalsozialistischen Außenpolitik von 1933 bis 1938 nachgewiesen, daß Hitlers „Friedenspolitik“ dieser Jahre mit scheinbar begrenzter revisionistischer Zielsetzung nur taktisch-kurzfristiger Natur war und lediglich dazu diente, die strategisch-langfristige Zielprojektion abzuschirmen⁷²⁾. Jacobsen hat damit der sogenannten revisionistischen

⁶⁷⁾ Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1933¹⁴, S. 145.

⁶⁸⁾ Hitler, Mein Kampf, S. 316.

⁶⁹⁾ Hermann Rauschnig, Gespräche mit Hitler, Zürich, Wien u. New York 1940, S. 12.

⁷⁰⁾ Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet u. kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 7), S. 47 f.

⁷¹⁾ Hitler, Mein Kampf, S. 721.

⁷²⁾ Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938, Frankfurt/M. u. Berlin 1968, S. 613 f.

Historiographie⁷³⁾, die — in einseitig diplomatiegeschichtlicher Orientierung — die Selbstverharmlosung der Hitlerschen Verschleierungspolitik allzu oberflächlich und unkritisch, bisweilen auch in apologetischer Absicht akzeptiert, endgültig den Boden entzogen. Das rassenideologisch und vulgärdarwinistisch motivierte außenpolitische Ziel der Eroberung neuen „Lebensraumes im Osten“ hatte Hitler niemals preisgegeben. Er war — mit Jacobsens Worten — entschlossen, „unbeirrbar den einmal entwickelten revolutionären außenpolitischen Grundlinien der NSDAP zu folgen“⁷⁴⁾.

Sein erklärtes Ziel war — wie Andreas Hillgruber dargelegt hat — die Errichtung eines großräumigen, blockadefesten Kontinentalimperiums oder — wie Hitler selbst es nannte — eines „germanischen Reiches deutscher Nation“, das sich bis tief in die europäische Sowjetunion hinein erstrecken, einen kolonialen Ergänzungsraum in Afrika und eine starke Flotte mit Stützpunkten im Atlantik besitzen sollte: ja, es sollte Deutschlands Stellung als Hegemonialmacht auf dem europäischen Kontinent und damit als „Weltmacht“ — neben den USA, dem britischen Empire und dem ostasiatischen Großraum Japans — begründen⁷⁵⁾.

In „Mein Kampf“ hatte Hitler den oft zitierten und durchaus wörtlich gemeinten Satz geschrieben: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein.“⁷⁶⁾ Wenige Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erklärte er seinen Offizieren, daß die bevorstehende Auseinandersetzung mit England und Frankreich „auf Leben und Tod“, „um Sein oder Nichtsein von 80 Millionen Menschen“

⁷³⁾ Vgl. z. B. Kurt Glaser, *Der Zweite Weltkrieg und die Kriegsschuldfrage*, Würzburg 1965; Stefan T. Possony, *Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage. Völkerrecht und Strategie bei der Auslösung zweier Weltkriege*, Köln u. Opladen 1968 (Demokratie und Frieden, Bd. 5).

⁷⁴⁾ Jacobsen, S. 166.

⁷⁵⁾ Andreas Hillgruber, *Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie 1938—1941*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 19/66* v. 11. Mai 1966, S. 3 f.; ders., *Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege*, Göttingen 1967 (Die deutsche Frage in der Welt, Bd. 7), S. 67 ff.

⁷⁶⁾ Hitler, *Mein Kampf*, S. 742.

gehen werde⁷⁷⁾. Und zwei Tage nach seinem Überfall auf Polen schrieb er an Mussolini: „Ich bin mir bewußt, Duce, daß der Kampf, in den ich gehe, ein Kampf auf Leben und Tod ist.“⁷⁸⁾ Diese Formulierung kehrt dann mehrfach in seinen Äußerungen über den Zweiten Weltkrieg wieder. So sprach er z. B. im Dezember 1944 vor Divisionskommandeuren wiederum in stereotyper Weise von einem „Entscheidungskrieg auf Leben und Tod“ und von einem Kampf „um Sein oder Nichtsein“⁷⁹⁾.

Als er diesen Krieg dann angesichts der zusammenbrechenden Fronten im Frühjahr 1945 endgültig verloren geben mußte, tat er es in absolut folgerichtiger Übereinstimmung mit seiner politischen Grundhaltung. Denn er gab mit dem Krieg auch seinen „Einsatz“ — jene „Substanz aus Fleisch und Blut“, von der er in seinem „Zweiten Buch“ gesprochen hatte — verloren und sah den „Tod“, das „Nichtsein“, die physische Vernichtung des deutschen Volkes als die naturnotwendige Folge des nichtbestandenen „Lebenskampfes“ an. Bereits am 27. November 1941 hatte er in einem Gespräch mit dem dänischen Außenminister Erik Scavenius ausgeführt: „Wenn das deutsche Volk einmal nicht mehr stark und opferbereit genug sei, sein eigenes Blut für seine Existenz einzusetzen, so soll es vergehen und von einer anderen, stärkeren Macht vernichtet werden.“⁸⁰⁾ Und am 4. August 1944 sagte er in

⁷⁷⁾ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946, Nürnberg 1949, (IMT), Bd. XXXVII, S. 550.

⁷⁸⁾ IMT, Bd. XXVIII, S. 547 ff.; auch in: *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933—1945*, hrsg. v. Walther Hofer, Frankfurt/M. 1957 (Fischer Bücherei 172), S. 236 f.

⁷⁹⁾ Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942—1945, hrsg. v. Helmut Heiber, Stuttgart 1962 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 10), S. 739.

⁸⁰⁾ Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939—1941, hrsg. u. erläutert v. Andreas Hillgruber, Frankfurt/M. 1967, S. 657. Ähnlich äußerte er sich in einem Tischgespräch am 27. Januar 1942: „Ich bin auch hier eiskalt: Wenn das deutsche Volk nicht bereit ist, für seine Selbsterhaltung sich einzusetzen, gut: dann soll es verschwinden!“; Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941—1942*,

seiner Posener Rede vor den Reichs- und Gauleitern, wenn das deutsche Volk in diesem Kampf unterliegen werde, dann sei es zu schwach gewesen. Dann habe es seine Probe vor der Geschichte nicht bestanden und sei zu nichts anderem als zum Untergang bestimmt⁸¹⁾. Dieses Schicksal, erklärte er Speer am 18. März 1945, sei unabwendbar. Es sei daher nicht nötig, auf die Grundlagen, die das Volk zu seinem primitivsten Weiterleben brauche, Rücksicht zu nehmen. Es sei im Gegenteil besser, selbst diese Dinge zu zerstören, denn das deutsche Volk habe sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft⁸²⁾. Hitler und seine engsten Vertrauten steigerten diese Haltung schließlich zu einer düsteren Untergangsstimmung, die sie mit historisch-literarischen Reminiszenzen — dem Tod des Spartanerkönigs Leonidas und seiner 300 Spartaner bei den Thermopylen, dem heroischen Ende der Ostgoten im Kampf am Vesuv und dem blutigen Untergang der Nibelungenhelden in Etzels brennender Halle — zu verbrämen wußten⁸³⁾.

2. Das Kriegsziel der Westmächte: „Zerstörung der Nazityrannei“ und Weltfriedensordnung

Wie reagierten die Westmächte auf Hitlers aggressive Lebensraumpolitik? Sie sahen im nationalsozialistischen Deutschland eine akute Gefahr für den Weltfrieden und die Sicherheit der Nationen, die im Interesse einer allgemeinen Friedensordnung eliminiert werden mußte⁸⁴⁾. Daher lehnten sie ein Arrangement mit Hitler grundsätzlich ab und verwarfen jeg-

liche gewaltsame Eroberung fremden Staatsgebietes. In der „Atlantic-Charta“ vom 12. August 1941 verkündeten der Premierminister des mit Deutschland im Krieg stehenden Großbritanniens, Churchill, und der Präsident der formal noch neutralen Vereinigten Staaten, Roosevelt, das Kriegsziel der „endgültigen Zerstörung der Nazityrannei“, damit ein dauerhafter Friede errichtet werden könne, „der allen Nationen die Möglichkeit gibt, in Sicherheit innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu leben, und der Gewähr dafür bietet, daß alle Menschen in allen Ländern der Welt ihr Leben frei von Furcht und Mangel leben können“⁸⁵⁾.

Die Proklamation dieses Kriegszieles brachte unmißverständlich zum Ausdruck, daß das nationalsozialistische Deutschland nicht nur auf dem Schlachtfeld besiegt werden sollte. Zu dem militärischen trat das politische Kriegsziel, das die Beseitigung der für den Krieg verantwortlichen nationalsozialistischen Diktatur forderte. Das Kriegsziel der „Atlantic-Charta“, „die endgültige Zerstörung der Nazityrannei“, wurde auf der Arcadia-Konferenz (22. Dezember 1941 bis 14. Januar 1942), zu der Churchill nach Washington gekommen war, erneut bekräftigt und präzisiert.

In der gemeinsamen militärischen Planung ihrer Kriegsaktionen einigten sich die USA und Großbritannien auf die sogenannte „Deutschland-zuerst-Politik“ und beschlossen, auch nach dem Kriegseintritt Japans, Deutschland zuerst niederzukämpfen, da es aufgrund seiner Produktionskraft und wissenschaftlichen Befähigung über ein so großes Potential verfüge, daß es nach mehreren Jahren relativer Ruhe in Europa um so schwerer, vielleicht auch gar nicht mehr zu besiegen sein werde⁸⁶⁾.

Ein weiteres Ergebnis der Arcadia-Konferenz war die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942. Ihr lag ein Entwurf des

hrsg. v. Percy Ernst Schramm in Zusammenarbeit mit Andreas Hillgruber und Martin Vogt, Stuttgart 1965², S. 171.

⁸¹⁾ IMT, Bd. XVI, S. 541; auch in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. II 2, München 1965, S. 2139.

⁸²⁾ IMT, Bd. XLI, S. 428.

⁸³⁾ Hansen, S. 40.

⁸⁴⁾ Die folgenden Ausführungen über die Kriegszielpolitik der Westmächte beziehen sich im wesentlichen auf: Reimer Hansen, Die Kriegskonferenzen der Alliierten und das politische Schicksal Deutschlands, Kiel 1966 (Gegenwartsfragen 15), S. 5 ff.; auch: ders., Das Ende des Dritten Reiches, S. 16 ff.

⁸⁵⁾ Ernst Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, Bd. I. Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941—1949. Darstellung und Dokumente, Frankfurt/M. u. Berlin 1961², S. 304.

⁸⁶⁾ Robert E. Sherwood, Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950, S. 355.

State Department zugrunde, der nach Verhandlungen mit Churchill und dem sowjetischen Botschafter Litwinow nur geringfügig geändert wurde. Dieser von den drei Großmächten gebilligte Text wurde am 1. und 2. Januar 1942 in Washington von 26 Staaten unterzeichnet und proklamiert. Jede Signatarmacht bekannte sich in dieser Erklärung erneut zu den Grundsätzen der „Atlantic-Charta“ und verpflichtete sich, 1. „alle ihre militärischen und wirtschaftlichen Kräfte gegen jene Mitglieder des Dreierpaktes und seine Anhänger einzusetzen, mit denen sie sich im Kriege befindet“, und 2. „mit den hier unterzeichneten Regierungen zusammenzuarbeiten und keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden mit den Feinden zu schließen“⁸⁷⁾. Im Verlauf des Krieges traten zu den 26 Signatarstaaten weitere 19 hinzu, so daß die Washingtoner Erklärung der Vereinten Nationen von insgesamt 45 Staaten unterzeichnet wurde⁸⁸⁾.

Roosevelt präziserte und verschärfte die Kriegszielforderung der Atlantik- und Arcadia-Konferenz, als er am 24. Januar 1943 in Casablanca mit Zustimmung Churchills die „Unconditional Surrender“-Forderung — die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans — proklamierte. „Ich denke“, führte er aus, „wir haben es alle schon vorher in unseren Herzen und Köpfen gehabt, aber ich nehme nicht an, daß es schon jemals vom Premierminister und mir zu Papier gebracht worden ist, und das ist die Entscheidung, daß der Weltfriede nur durch die totale Eliminierung der deutschen und japanischen Kriegsmacht kommen kann... Die Eliminierung der deutschen, japanischen und italienischen Kriegsmacht bedeutet die bedingungslose Kapitulation

⁸⁷⁾ Documents Internationaux pour la Préparation de la Paix 1941—45, Baden-Baden 1948, S. 15 ff.

⁸⁸⁾ Documents Internationaux, S. 17. S. dazu auch: William Hardy McNeill, America, Britain, and Russia. Their Co-Operation and Conflict 1941—46, London, New York u. Toronto 1953 (Survey of International Affairs 1939—1946, Vol. 5), S. 41 f.; Günter Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941—1945, Heidelberg 1958 (Beihefte zum Jahrbuch für Amerikastudien, 3. Heft), S. 41 f.

Deutschlands, Italiens und Japans. Das bedeutet eine vernünftige Sicherung des künftigen Weltfriedens. Es bedeutet nicht die Vernichtung der Bevölkerung Deutschlands, Italiens oder Japans, aber es bedeutet die Vernichtung der Weltanschauungen in jenen Ländern, die auf Eroberung und Unterjochung anderer Völker gegründet sind.“⁸⁹⁾

Die bedingungslose Kapitulation erschien Roosevelt und Churchill als das angemessene Mittel, die nationalsozialistische Staatsgewalt völlig zu beseitigen. Sie lehnten es prinzipiell ab, mit dem inkriminierten Kriegsgegner zu verhandeln und sich in irgendeiner Form an ihm zugesicherte oder von ihm gestellte Bedingungen zu binden. Sie wollten sich uneingeschränkte Handlungsfreiheit sichern und die künftige Friedensordnung selbständig auf einer *tabula rasa* gestalten. Die einzige Bedingung, die sie dem Gegner konzedierten, war die bedingungslose Kapitulation⁹⁰⁾. Die deutsche Staats- und Wehrmachtführung sollte lediglich, um die Übergabe der deutschen Wehrmacht und der deutschen Staatsgewalt an die Alliierten völkerrechtlich zu sanktionieren, eine von den Alliierten ausgearbeitete Urkunde über die bedingungslose militärische und staatlich-politische Kapitulation Deutschlands unterzeichnen⁹¹⁾.

Die Forderung einer staatlich-politischen Kapitulation stellt völkerrechtlich ein Novum dar, denn nach herkömmlichem Völkerrecht gelten Kapitulationen — im Unterschied zu Waffenstillstandsverträgen — als ausschließlich militärische Übergabeabmachungen, die zwischen den bewaffneten Streitkräften kriegführender Parteien getroffen werden⁹²⁾. Roosevelts und Churchills Casablanca-Politik hatte also einen völlig neuen, in der Theorie und Praxis des

⁸⁹⁾ The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt. Compiled with Special Material and Explanatory Notes by Samuel J. Rosenman. 1943 Volume, The Tide Turns, New York, S. 39.

⁹⁰⁾ S. dazu: Hans-Dieter Viereck, Die politische und rechtliche Bedeutung der Formel „Bedingungslose Kapitulation Deutschlands“ (Diss. Masch.), Kiel 1952.

⁹¹⁾ Vgl. dazu: The Memoirs of Cordell Hull, London 1948, Bd. II, S. 1284 ff.

herkömmlichen Völkerrechts unbekanntem Begriff der Kapitulation hervorgebracht: die bedingungslose staatlich-politische und militärische Totalkapitulation. Die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands sollte diesen neuen Kapitulationsbegriff dann in das Völkerrecht einführen.

„Unconditional Surrender“ war ein ausschließliches Kriegsziel. Es legte lediglich die Form der Kriegsbeendigung fest, ohne dabei zugleich auch etwas über die zukünftige Friedensordnung auszusagen. In bezug auf den Krieg war die „Unconditional Surrender“-Forderung ein Ziel, in bezug auf den Frieden war sie nur ein Mittel. Die Art der Friedensregelung wurde von ihr nicht berührt. So ließen sich denn auch die gegensätzlichsten Friedensvorstellungen widerspruchsfrei mit ihr verbinden. Sowohl die gemäßigten Friedenspläne der amerikanischen Staatssekretäre Hull und Stimson als auch der „karthagische Friede“ des Morgenthau-Plans setzten die bedingungslose Kapitulation Deutschlands voraus. Ein bedingungslos kapitulierendes Deutschland war daher auf Gedeih und Verderb dem Friedensdiktat der Siegermächte ausgeliefert.

3. Stalins rational kalkulierte Expansionspolitik

Daß Hitler die Eroberung neuen deutschen „Lebensraumes im Osten“ im Bunde mit der Sowjetunion begann, ist nur ein scheinbarer Widerspruch in seiner außenpolitischen Konzeption, denn für ihn hatte der Nichtangriffspakt mit Stalin — ebenso wie der fünf Jahre zuvor mit Polen abgeschlossene — nur taktische und temporäre Bedeutung. Dauer konnte dem Hitler-Stalin-Pakt von vornherein nicht beschieden sein, hatte er doch mit der Aufteilung Osteuropas in eine deutsche und eine sowjetische Interessensphäre zwei unvereinbare imperialistische Expansionsbewegungen in Gang gesetzt, die bei Hitlers langfristiger Zielsetzung einerseits und der rational kal-

kulierten, auf Expansion bedachten Machtpolitik Stalins andererseits in absehbarer Zeit miteinander in Konflikt geraten mußten: die Ostbewegung des Dritten Reiches und die Westbewegung der Sowjetunion.

Stalin ließ sich beim Abschluß der Allianz mit Hitler ganz offensichtlich von der außenpolitischen Theorie des Marxismus-Leninismus leiten, indem er von einer langwierigen kriegerischen Selbstzerfleischung des kapitalistischen Lagers ausging, die die Sowjetunion — mit den Worten Karl-Heinz Ruffmanns — „gewissermaßen Gewehr bei Fuß mitmachen wollte, um in den entscheidenden Phasen der Auseinandersetzung weitere Gewinne einzustecken und bei der Schlußabrechnung in jedem Falle auf der Seite des Siegers sein zu können“⁹³⁾. Nachdem Hitler ihm diesen Bündniswechsel durch seinen Überfall auf die Sowjetunion gleichsam vorzeitig aufgezwungen hatte, galten Stalins militärische und politische Bemühungen nicht nur der — mit den Westmächten gemeinsam erstrebten — Niederringung des nationalsozialistischen Deutschlands, sondern zugleich auch der strategischen Sicherung und territorialen Erweiterung des Sowjet-Imperiums, wobei der im Bunde mit Hitler erreichte Besitzstand und Einflußbereich „die selbstverständliche Basis“ für weitere Expansionsbestrebungen abgab⁹⁴⁾.

Was Stalin von Hitler wie von den Westmächten unterschied, war seine „vom streng rationalen machtpolitischen Kalkül bestimmte Haltung“⁹⁵⁾, die im Interesse der langfristig konzipierten Westexpansion der Sowjetunion sowohl Friedensfühler zum nationalsozialistischen Deutschland als auch die Übernahme der „Unconditional Surrender“-Forderung zuließ⁹⁶⁾.

⁹³⁾ Karl-Heinz Ruffmann, Das Gewicht Deutschlands in der sowjetischen Außenpolitik bis 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 2/70 v. 10. Januar 1970, S. 15.

⁹⁴⁾ Ruffmann, S. 17.

⁹⁵⁾ Andreas Hillgruber, Die historisch-politische Bedeutung der deutschen Kapitulation 1945, in: GWU 20/1969, S. 67; s. auch ders., Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, S. 109 ff.

⁹⁶⁾ In meiner Arbeit stehen die von Kleist und Leonhard mitgeteilten sowjetischen Friedensfühler

⁹²⁾ S. dazu: Rolf Stödter, Deutschlands Rechtslage, Hamburg 1948, S. 27 f.; Viereck, S. 136.

Stalin hatte der Einladung Roosevelts und Churchills, an der Konferenz von Casablanca teilzunehmen, nicht Folge geleistet. Er war daher an der Proklamation der „Unconditional Surrender“-Forderung nicht beteiligt gewesen, hat sich ihr aber bald angeschlossen. In seinem politischen Wortschatz hatte sie freilich eine grundsätzlich andere Bedeutung als bei Roosevelt und Churchill. Stalin hat es

geschickt verstanden, unter anderem durch die Übernahme der Casablanca-Formel, den Westmächten für fast zwei Jahre die Illusion einer gemeinsamen Kriegszielpolitik der „Großen Drei“ auf der Grundlage der „Atlantic-Charta“ zu erhalten, während er sich und seine Politik bereits frühzeitig auf die bei Kriegsende zu erwartende „Konfrontation des nach Westen erweiterten Sowjetimperiums mit den beiden angelsächsischen Mächten“ einstellte ⁹⁷).

IV. Die historisch-politische Bedeutung des totalen deutschen Zusammenbruchs 1945

Die langfristigen Kriegszielprojektionen des nationalsozialistischen Deutschlands, der Westmächte und der Sowjetunion, aber auch das taktisch-kurzfristige Einschwenken Stalins auf die Casablanca-Politik der Westmächte bezeichnen die „theoretische Perspektive“ für die Darstellung des Geschehens und die Beurteilung der Handlungen und des Handlungsspielraumes der am totalen deutschen Zusammenbruch beteiligten Mächte, Gruppen und Personen. Sie geben erst den adäquaten Maßstab für die historisch-politische Bedeutung der seit der Moskauer Außenministerkonferenz im Herbst 1943 „gemeinsamen“ Strategie der Alliierten gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland und den Reaktionen Hitlers, seiner „Paladine“ Göring, Himmler, Ribbentrop, Goebbels und Bormann sowie seines Nachfolgers, Großadmiral Karl Dönitz.

1. Die alliierte „Unconditional Surrender“-Politik

Im Januar 1944 war in London die auf der Moskauer Außenministerkonferenz des Jahres 1943 ins Leben gerufene „European Advisory Commission“ (Europäische Beratungskommission), kurz EAC genannt, zusammengetreten, der zunächst je ein Vertreter der drei Großmächte USA, UdSSR und Großbritannien — seit November 1944 auch ein Vertreter der Provisorischen Regierung Frankreichs — ange-

hörte. Sie beschäftigte sich vornehmlich mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Deutschlandplanung der Alliierten.

Am 25. Juli 1944 verabschiedete die EAC den Urkundenentwurf über die „Bedingungslose Kapitulation Deutschlands“. Dieses Dokument war aus einem Entwurf des State Department hervorgegangen, den Cordell Hull seinen Kollegen Eden und Molotow auf der Moskauer Außenministerkonferenz vorgelegt hatte ⁹⁸). Er sollte von der „höchsten deutschen Zivilautorität“ und der „höchsten deutschen militärischen Autorität“ unterzeichnet werden. Die Präambel des Urkundenentwurfs enthält das Eingeständnis der totalen Niederlage Deutschlands: „Anerkennend und zugestehend, daß die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft vollständig geschlagen sind,

der Jahre 1942/43 im Vordergrund der Darstellung (S. 23 ff.). Einige Rezensenten haben daher mit Recht kritisiert, daß die sowjetischen Kriegsziele gegenüber den deutschen und angelsächsischen „etwas zu kurz“ gekommen bzw. „zu punktuell und abhängig von den mit Vorbehalt zu zitierenden Quellen“ Kleist und Leonhard dargestellt worden seien. Hillgruber, GWU 20/1969, S. 68. S. auch: ders., Neue Politische Literatur (NPL) 13/1968, S. 278 f.; Hans-Adolf Jacobsen, Die Zeit v. 31. Mai 1968; Wolf-Dieter Narr, HZ 207/1968, S. 414 f.

⁹⁷) Hillgruber, GWU 20/1969, S. 67. Vgl. hierzu auch: Peter Gosztony, „Aber Churchill, dem traue ich alles zu“. Stalin fürchtete 1945 ein Bündnis zwischen Hitler und den Westmächten, in: Der Spiegel Nr. 47/1969, S. 175 ff.; Ruffmann, S. 17 f.

⁹⁸) Hull, Bd. II, S. 1284 f.

geben die Deutsche Reichsregierung und das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht hiermit die bedingungslose Kapitulation Deutschlands bekannt.“⁹⁹⁾ Es folgen dann die einzelnen militärischen und politischen Übergabebedingungen. Artikel 12 der Urkunde überträgt den Alliierten die höchste Regierungsgewalt in Deutschland: die USA, Großbritannien und die UdSSR „werden in Deutschland die höchste Regierungsgewalt besitzen. In Ausübung dieser Regierungsgewalt werden sie diejenigen Maßnahmen treffen, die sie zum künftigen Frieden und zur künftigen Sicherheit für erforderlich halten, darunter auch die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands.“¹⁰⁰⁾ Während der Konferenz von Jalta fügten die „Großen Drei“ — Roosevelt, Churchill und Stalin — diesen für die Sicherung der künftigen Friedensordnung erforderlichen Maßnahmen die „Zerstückelung Deutschlands“ (*dismemberment of Germany*) in mehrere Einzelstaaten hinzu¹⁰¹⁾.

Nach der Konferenz von Jalta erfuhr das EAC-Dokument noch eine letzte umfassende Veränderung. Gegen Ende März 1945 setzte sich in der britischen Regierung die Auffassung durch, daß nach der völligen Niederrichtung Deutschlands wahrscheinlich keine militärische und zivile deutsche Autorität mehr bestehen werde, um die Kapitulationsurkunde zu unterzeichnen. Daher müßten die Sieger auf ein anderes Verfahren zurückgreifen und die vollständige deutsche Niederlage sowie die Übernahme der höchsten Regierungsgewalt in Deutschland einseitig proklamieren. Die Kapitulationsurkunde wurde daraufhin von der EAC in eine Deklaration umgearbeitet¹⁰²⁾.

Die Alliierten waren nur bereit, die bedingungslose militärische und staatlich-politische Kapitulation Deutschlands zu akzeptieren, wenn sie an allen Fronten und vor allen drei — bzw. vier — Großmächten gleichzeitig erfolgen würde. Teilkapitulationen einzelner Wehrmachtverbände oder Frontabschnitte durften nur dann entgegengenommen werden, wenn sie sich auf die rein militärischen Belange einer bedingungslosen lokalen Waffenstreckung beschränkten und wenn sie ohne jegliches Präjudiz in bezug auf das später in Kraft tretende allgemeine Kapitulationsinstrument abgeschlossen würden¹⁰³⁾.

Die militärische Kapitulation Deutschlands erfolgte am 8. Mai 1945. Sie wurde in Reims und Karlshorst, den Hauptquartieren der Alliierten Expeditionstreitkräfte (General Eisenhower) und der Roten Armee (Marschall Schukow), vom Oberkommando der deutschen Wehrmacht unterzeichnet. Den deutschen Vertretern war jedoch weder in Reims noch in Karlshorst die von der EAC ausgearbeitete Urkunde über die „Bedingungslose Kapitulation Deutschlands“ vorgelegt worden, denn zu diesem Zeitpunkt war die Frage, ob die ursprüngliche, von allen vier in der EAC vertretenen Mächten akzeptierte oder die nur den drei Großmächten bekannte, in Jalta revidierte Fassung der EAC-Urkunde von den Deutschen unterzeichnet werden sollte, noch nicht definitiv geklärt. Eisenhower hatte daher nach den Richtlinien für lokale Teilkapitulationen eine völlig neue Übergabeurkunde ausarbeiten und den Vertretern des OKW zur Unterzeichnung vorlegen lassen¹⁰⁴⁾. Sie beschränkte sich ausschließlich auf die bedingungslose militärische Kapitulation Deutschlands und behielt sich in Artikel 4 ihre Ersetzung durch das allgemeine EAC-Dokument ausdrücklich vor: „Diese Kapitulationserklärung stellt kein

⁹⁹⁾ Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington 1955, S. 113; deutsch: Deuerlein, S. 331.

¹⁰⁰⁾ Foreign Relations, The Conferences at Malta and Yalta, S. 117; deutsch: Deuerlein, S. 334.

¹⁰¹⁾ Foreign Relations, The Conferences at Malta and Yalta, S. 978.

¹⁰²⁾ Philip E. Mosely, *Dismemberment of Germany. The Allied Negotiations from Yalta to Potsdam*, in: *Foreign Affairs. An American Quarterly Review*. Vol. 28, Nr. 3, April 1950, S. 498.

¹⁰³⁾ Vgl. dazu die Richtlinien der Combined Chiefs of Staff vom August 1944 für den Abschluß rein militärischer Teilkapitulationen: Forrest C. Pogue, *The Supreme Command. In: United States Army in World War II. The European Theater of Operations*, Vol. IV, Washington 1954, S. 480; Hansen, *Das Ende des Dritten Reiches*, S. 69 f.

¹⁰⁴⁾ Mosely, S. 496 f.

Präjudiz für an ihre Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbestimmungen dar, die durch die Vereinten Nationen oder in deren Namen festgesetzt werden und Deutschland und die Deutsche Wehrmacht als Ganzes betreffen werden.“¹⁰⁵⁾

Die bedingungslose staatlich-politische Kapitulation Deutschlands trat am 5. Juni 1945 in Kraft. Da sich die deutsche Reichsregierung und das Oberkommando der Wehrmacht zu diesem Zeitpunkt bereits in alliierter Kriegsgefangenschaft befanden, wurde die bedingungslose staatlich-politische Totalkapitulation Deutschlands von den vier Siegermächten in der Form der EAC-Deklaration als „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik“¹⁰⁶⁾ zusammen mit den Erklärungen über die Besatzungszonen¹⁰⁷⁾ und den Kontrollmechanismus in Deutschland¹⁰⁸⁾ verkündet. Ein Vergleich der EAC-Urkunde mit der EAC-Deklaration zeigt, daß sämtliche Artikel der Urkundenfassung ohne wesentliche Änderungen des ursprünglichen Wortlautes in die Deklaration übernommen worden sind. Die EAC hat den Artikeln jedoch eine völlig neue, ausführliche Präambel vorangestellt.

Die Präambel der Deklaration beginnt mit den Sätzen: „Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland

unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.“ Die vier Siegermächte übernehmen „die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.“¹⁰⁹⁾

In der politischen und völkerrechtlichen Diskussion der deutschen Kapitulation 1945 ist vor allem Artikel 4 der militärischen Kapitulationsurkunde stark umstritten. Die Alliierten betrachten diesen Artikel nicht als notwendige Rechtsbasis für die Deklaration vom 5. Juni 1945, sondern lediglich als Mittel, sich in ihrer Eigenschaft als Siegermächte den Erlaß „allgemeiner Kapitulationsbestimmungen“ vorzubehalten. Sie erklärten die militärische und staatlich-politische Totalkapitulation Deutschlands daher auch nicht auf der Grundlage des Artikels 4 — er wird in der Deklaration überhaupt nicht erwähnt —, sondern kraft ihres Siegerrechtes: die deutsche Wehrmacht sei nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen: „Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt.“¹¹⁰⁾

2. Die Reaktion Hitlers und seiner „Paladine“

Hitler hatte gemäß seiner Devise ‚Weltmacht oder Untergang‘ die Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation kategorisch abgelehnt. Bereits am Tage des Überfalls auf Polen, am 1. September 1939, hatte er im Reichstag erklärt: „Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heißt Kapitulation!“¹¹¹⁾ Und vom deutschen Volk hatte er gleichzeitig eine eng verschworene, zu allem entschlossene Gemeinschaft gefordert, „niemals gewillt zu kapitulieren“¹¹²⁾. Diese kompromißlose Hal-

¹⁰⁵⁾ Deuerlein, S. 337.

¹⁰⁶⁾ Deutscher Text: Deuerlein, S. 338 ff.

¹⁰⁷⁾ Deutscher Text: Deuerlein, S. 342.

¹⁰⁸⁾ Deutscher Text: Deuerlein, S. 341 f.

¹⁰⁹⁾ Deuerlein, S. 338.

¹¹⁰⁾ Hierzu: Hansen, Das Ende des Dritten Reiches, S. 213 ff.

¹¹¹⁾ Domarus, Bd. II 1, S. 1316.

¹¹²⁾ Domarus, Bd. II 1, S. 1317.

tung des „Alles oder Nichts“ hat er dann in stereotyper Formulierung mehrfach wiederholt. So z. B. am 29. April 1941 im Berliner Sportpalast vor Offiziersanwärtern. Dort führte er aus: „Ein Wort habe ich als Nationalsozialist im Kampf um die Macht nie gekannt: Kapitulation! Ein Wort kenne ich nie und werde ich nie kennen als Führer des deutschen Volkes und als euer Oberster Befehlshaber, es heißt wieder Kapitulation, d. h. Ergebung in den Willen eines anderen — niemals, niemals! Und genau so haben Sie zu denken!“ ¹¹³⁾

Hitler hat sich daher auch der „Unconditional Surrender“-Forderung verzweifelt zu widersetzen versucht und den Krieg durch die restlose Ausschöpfung des ihm zur Verfügung stehenden Potentials bis zum Äußersten, das heißt bis zum gewollten Untergang, fortgesetzt. Und daher sind auch während seiner Regierungszeit keine offiziellen, zentral von der Reichsregierung geführten Kapitulationssondierungen eingeleitet worden.

Statt dessen kam es nur zu inoffiziellen und persönlichen Initiativen einzelner führender Männer des nationalsozialistischen Regimes ¹¹⁴⁾. Ribbentrop wandte sich im Februar/März 1945 mit Wissen Hitlers an die Westmächte und ersuchte sie um einen separaten Friedensschluß. Göring fand sich am 23. April 1945 bereit, nach einer — telegraphisch erbetenen — Machtübertragung durch den in Berlin eingeschlossenen Hitler auf seine Person vor den Westmächten zu kapitulieren. Himmler handelte zur gleichen Zeit ohne Wissen Hitlers, indem er sich als faktisches Staatsoberhaupt an die Westmächte wandte und ihnen das Angebot einer bedingungslosen Kapitulation der Westfront unterbreitete. Und Goebbels erbat im Einvernehmen mit Bormann unmittelbar nach dem Tode Hitlers in seiner Eigenschaft als neuer deutscher Reichskanzler von der Roten Armee einen deutsch-sowjetischen Waffenstillstand, dem dann Kapitulationsverhandlungen folgen sollten. Während

Göring und Himmler eine Kapitulation vor der Sowjetunion prinzipiell ablehnten, hatte v. Ribbentrop für den Fall, daß die Westmächte nicht auf sein Friedensangebot eingehen würden, die Alternative einer Separatverständigung mit der Sowjetunion geplant. Goebbels wandte sich nur an die Sowjetunion.

Allen vier Initiativen ist gemeinsam, daß sie an Stelle der geforderten gleichzeitigen Gesamtkapitulation vor allen drei Großmächten eine separate Verständigung erstrebten: Ribbentrop einen Separatfrieden mit den Westmächten oder der Sowjetunion, Göring und Himmler eine Teilkapitulation vor den Westmächten und Goebbels einen separaten Waffenstillstand und anschließende Kapitulationsverhandlungen mit der Sowjetunion. Da die Alliierten lediglich bereit waren, eine rein militärische Teilkapitulation entgegenzunehmen, Ribbentrop, Göring, Himmler und Goebbels aber als führende Nationalsozialisten und Regierungsmitglieder handelten, bestand für keine ihrer Bemühungen um eine separate Verständigung eine reale Chance auf Erfolg. Ribbentrops, Himmlers und Goebbels' Angebote wurden daher auch entschieden zurückgewiesen; Görings Bemühungen blieb eine Ablehnung erspart, da sie nicht über das Stadium der Planung hinausgelangten und Hitler den Reichsmarschall — wie wenige Tage später auch Himmler — für diesen „Verrat am Nationalsozialismus“ aus allen Staats- und Parteiämtern verstieß.

3. Dönitz und die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht

Führer-Nachfolger „durch Funkspruch“ ¹¹⁵⁾ wurde der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Karl Dönitz. Nach Hitlers politischem Testament, das ihn anstelle Görings mit der Führer-Nachfolge als „Reichspräsident“ und „Kriegsminister“ betraute, wäre er verpflichtet gewesen, „den Krieg mit allen Mitteln fortzusetzen“ und selbst „mit leuchtendem Beispiel voranzugehen ... in

¹¹³⁾ Domarus, Bd. II 2, S. 1695.

¹¹⁴⁾ Hierzu: Hansen, Das Ende des Dritten Reiches, S. 36 ff.

¹¹⁵⁾ Lüdde-Neurath, S. 45.

treuester Pflichterfüllung bis in den Tod" ¹¹⁶⁾. Dönitz hat Hitlers politisches Testament zwar erst nach dem Kriege kennengelernt, aber nichts spricht dafür, daß es sein Handeln in irgendeiner Weise beeinflußt hätte, wäre es ihm bei seinem Regierungsantritt bereits bekannt gewesen. Die vorliegenden Zeugnisse aus der unmittelbaren Umgebung des Großadmirals bestätigen übereinstimmend, daß er sich nach dem Tode Hitlers nur noch dem eigenen „Wissen und Gewissen" ¹¹⁷⁾ verantwortlich fühlte.

Konteradmiral Godt hat in seinen Aufzeichnungen aus dem Jahre 1945 festgehalten, wie Dönitz auf den Funkspruch aus dem Bunker der Reichskanzlei reagierte, der ihn am Abend des 30. April 1945 zum Nachfolger Hitlers bestimmte: „Schluß machen, Heldenkampf ist genug gekämpft, Volkssubstanz erhalten, keine unnötigen Blutopfer mehr." Godt fährt dann kommentierend fort: „Mein Eindruck an diesem Abend war der einer völligen Wandlung Dönitz's, nachdem er von dem unmittelbaren Einfluß Hitlers freigekommen war, ... denn wenige Tage vorher hätte ich noch für möglich gehalten, daß er die Fortsetzung des absoluten Kampfes ohne Rücksicht auf die Folgen befohlen hätte." ¹¹⁸⁾ Als Dönitz dann tags darauf nach der Nachricht vom Tode Hitlers die Staats- und Wehrmachtführung übernahm, war er entschlossen, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Ein zusammenhängender Kriegsschauplatz existierte nicht mehr. Die noch von der deutschen Wehrmacht verteidigten Räume lagen zum größten Teil außerhalb Deutschlands und schrumpften beständig zusammen. Das Reich stand kurz vor der völligen Besetzung durch die alliierten Truppen. Da die Kriegsproduktion fast ganz eingestellt worden war, die Reserven an Munition, Waffen und Treibstoff verbraucht und Nahrungsmittel nicht mehr in

ausreichendem Maße zu beschaffen waren, stand der totale militärische Zusammenbruch Deutschlands unmittelbar bevor.

Am 1. Mai 1945 war der endgültige Zusammenbruch also nur noch eine Frage von Tagen. Um weitere sinnlose Opfer an Gut und Blut zu vermeiden, entschloß Dönitz sich daher sofort nach der Übernahme der Staatsführung zur Kapitulation der deutschen Wehrmacht ¹¹⁹⁾. Während ihm die Waffenstreckung an der Westfront bereits zu diesem Zeitpunkt sinnvoll erschien, war er zur gleichzeitigen Einstellung der Kampfhandlungen an der Ostfront allerdings noch nicht bereit.

Dönitz sah im Frühjahr 1945 seine Hauptaufgabe als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine in der Evakuierung der deutschen Ostbevölkerung auf dem Seewege. Am 1. Mai befanden sich in Kurland, auf Hela und im Weichseldelta noch annähernd eine halbe Million Flüchtlinge und Soldaten, die auf ihren Abtransport über die Ostsee warteten. Mit seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber des Nordraumes am 20. April 1945 hatte Dönitz auch die Betreuung der auf dem Landwege aus Ostdeutschland eintreffenden Flüchtlingstrecks übernommen. Um noch möglichst viele Soldaten und Flüchtlinge dem Einfluß der Roten Armee zu entziehen, war Dönitz am 1. Mai entschlossen, die Durchführung dieser Flüchtlingstrecks und der Ostseetransporte der Kriegsmarine weiterhin mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen.

Am 1. Mai standen außer den in Kurland und Westpreußen abgeschnittenen, rund 440 000 Mann umfassenden Armeen noch die Heeresgruppe Weichsel, die 9. und 12. Armee und die Heeresgruppen Mitte, Süd und Südost mit insgesamt 2 900 000 Soldaten an der Ostfront. Für die Rückführung der Ostarmeen und der auf der Flucht befindlichen ostdeutschen Bevöl-

¹¹⁶⁾ Lüdde-Neurath, Anlage 3 a, S. 123 ff.

¹¹⁷⁾ Lüdde-Neurath, S. 54.

¹¹⁸⁾ Karl Dietrich Erdmann, Die Regierung Dönitz. Über den Umgang mit Ereignissen der jüngsten deutschen Geschichte, in: GWU 14/1963, S. 370, Anm. 9.

¹¹⁹⁾ Im folgenden werden Ergebnisse meiner Untersuchung, Das Ende des Dritten Reiches, S. 109 ff., referiert, die im wesentlichen durch Marlis G. Steinert (S. 165 ff.) bestätigt worden sind. Wo Abweichungen vorliegen, werden diese deutlich gemacht.

kerung hinter die anglo-amerikanischen Linien berechnete Dönitz eine Mindestfrist von acht bis zehn Tagen. Während dieser Zeitspanne mußte also der Kampf an der Ostfront noch fortgeführt werden. Eine eventuelle Fortsetzung des Kampfes gegen die Westmächte plante Dönitz lediglich zur Sicherung der Elbestellung zwischen Hamburg und Lauenburg, da er das letzte noch in deutscher Hand befindliche „Tor“ nach Schleswig-Holstein für den Flüchtlingsstrom aus dem Osten offenhalten wollte.

Die alliierte Forderung einer gleichzeitigen bedingungslosen Gesamtkapitulation an allen Fronten war mit den Absichten des Großadmirals nicht vereinbar. Dönitz' Bereitschaft zur Einstellung der Kampfhandlungen an der Westfront und zur gleichzeitigen Fortsetzung des Krieges gegen die Sowjetunion ließ nur ein schrittweises Kapitulationsverfahren zu. Daher entschloß Dönitz sich noch am 1. Mai gegen die Generale des OKW, die die Waffenstreckung den einzelnen Truppenteilen überlassen wollten, zur Durchführung einer zentral von der Reichsregierung gesteuerten, durch den Abschluß von Teilkapitulationen stufenweise zu vollziehenden Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht.

Am 2. Mai trat die bedingungslose Teilkapitulation der Italienarmee in Kraft, die der Oberbefehlshaber Südwest eigenmächtig und völlig unabhängig von Dönitz' Konzept mit Feldmarschall Alexander vereinbart hatte. An diesem Tag begann auch Dönitz mit der Einleitung der ersten Teilaktion seines Kapitulationsverfahrens. Amerikanische und englische Verbände waren von ihren Stellungen an der Elbe aus in schnellem Vormarsch an die Ostsee vorgestoßen und hatten damit einen doppelten Riegel vor das „Tor“ nach Schleswig-Holstein gelegt. Jeder weitere Widerstand gegen die Westmächte war sinnlos geworden, und Dönitz begann sofort mit der Vorbereitung einer Teilkapitulation im nordwestdeutschen Raum. Dönitz befürchtete, daß eine offizielle Übergabe der gesamten Westfront am

Widerspruch der Sowjets scheitern würde. Er wollte sich daher zunächst nur an Feldmarschall Montgomery und nicht an den politisch stärker gebundenen General Eisenhower wenden.

Obwohl Montgomery aufgrund der interalliierten Vereinbarungen verpflichtet gewesen wäre, von der von Dönitz entsandten OKW-Delegation die bedingungslose gleichzeitige Gesamtkapitulation aller deutschen Streitkräfte zu fordern, nahm er das Angebot einer rein militärischen Übergabe an und vereinbarte mit dem Oberkommando der deutschen Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation aller deutschen Streitkräfte in Nordwestdeutschland, den Niederlanden und Dänemark. Die Waffenruhe im Nordraum trat am 5. Mai, 8 Uhr, in Kraft. — Die geschlossene Übergabe der gegen die Sowjets kämpfenden Armeen lehnte Montgomery zwar ab, aber er erklärte sich bereit, einzelne deutsche Soldaten der Ostfront, die sich ihm ergeben wollten, zu britischen Kriegsgefangenen zu machen. Auf diese Weise konnten die Heeresgruppe Weichsel, die 9. und die 12. Armee fast vollständig einer sowjetischen Kriegsgefangenschaft entgehen.

Eine weitere rein militärische Teilkapitulation wurde zwischen der Heeresgruppe G und der 6. amerikanischen Heeresgruppe vereinbart. Sie trat am 6. Mai, 12 Uhr, in Kraft.

Völlig anders als Montgomery reagierte Eisenhower, als das OKW ihm am 5. Mai die bedingungslose Teilkapitulation der restlichen noch gegen die Westmächte kämpfenden deutschen Streitkräfte anbot. Er forderte ultimativ die Unterzeichnung der gleichzeitigen bedingungslosen Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht an allen Fronten und vor allen drei Großmächten. Da Eisenhower damit drohte, er werde für den Fall der Nichtunterzeichnung den Bombenkrieg wiederaufnehmen und die anglo-amerikanischen Linien für alle aus dem Osten kommenden Deutschen hermetisch abschließen, gab es für Dönitz keine andere Möglichkeit als die für seine Pläne noch ver-

frühte Unterzeichnung der bedingungslosen Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht.

Als am 8. Mai, 23 Uhr MEZ, die Waffenruhe auf dem europäischen Schauplatz des Zweiten Weltkrieges eintrat, hatte Dönitz seinen Plan nur zum Teil verwirklichen können. Es war ihm immerhin gelungen, mit Hilfe seines Kapitulationsverfahrens von den insgesamt 3 340 000 Soldaten der Ostfront 1 850 000 (= 55 %) hinter die anglo-amerikanischen Linien zu bringen. Die übrigen 1 490 000 Soldaten mußten den Weg in die sowjetische und jugoslawische Kriegsgefangenschaft antreten¹²⁰⁾. Die Anzahl der in den Einflußbereich der Westmächte gebrachten ostdeutschen Flüchtlinge läßt sich nicht annähernd so genau bestimmen, da die Trecks von keiner staatlichen Stelle organisiert oder registriert wurden. Sie wird nicht ganz so hoch wie die der Soldaten geschätzt. Dönitz hatte demnach in der ersten Maiwoche 1945 ungefähr 2¹/₂ bis 3 Millionen Soldaten und Flüchtlinge dem sowjetischen Einfluß entziehen können.

Dönitz' antisowjetische Orientierung war zu einem guten Teil von der nationalsozialistischen Kriegspropaganda inspiriert. Hitler habe, so heißt es in seiner Rundfunkansprache an das deutsche Volk vom 1. Mai 1945, frühzeitig „die furchtbare Gefahr des Bolschewismus erkannt und diesem Ringen sein Dasein geweiht.“ Und weiter: „Sein Einsatz im Kampf gegen die bolschewistische Sturmflut“ habe nicht nur Deutschland, sondern „darüber hinaus Europa und der gesamten Kulturwelt“ gegolten¹²¹⁾. Hier wurde also Hitlers vulgär-

¹²⁰⁾ Eine detaillierte Zusammenstellung der Zahlen findet sich in meiner Studie, S. 161 f. Die hiervon beträchtlich abweichenden Angaben bei Marlis G. Steinert, S. 170 f., 214, erklären sich aus dem Umstand, daß sie einer Schätzung der Einsatz-Abteilung (H)/III im OKW/WFSt vom 9. Mai 1945, 00.00 Uhr folgt (Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg i. Br., OKW 19). Diese Zahlen fixieren also den Stand zum Zeitpunkt der Gesamtkapitulation, nicht dagegen die tatsächliche Stärke der Ostfront zu Beginn der Regierung Dönitz. Sie geben eine „Zwischenbilanz“ wieder, die — als Folge der Kapitulationsstrategie von Dönitz — natürlich wesentlich niedriger liegt als die Ausgangsstärke; s. auch Hillgruber, NPL 13/1968, S. 280.

¹²¹⁾ Lüdde-Neurath, Anlage 7 a, S. 132.

darwinistisch und rassenideologisch begründeter Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion in voller Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Kriegspropaganda als antibolschewistisch-europäische Rettungsaktion verbrämt und gerechtfertigt. Wenn Dönitz entschlossen war, vor der endgültigen Waffenstreckung noch möglichst viele Soldaten und Flüchtlinge „vor der Versklavung oder Vernichtung“¹²²⁾ zu bewahren, so war dies freilich zugleich auch eine Reaktion auf das Verhalten der Roten Armee. Die im Baltikum und in Ostdeutschland gemachten Erfahrungen hatten nämlich gelehrt, daß die vordringenden Sowjets weder auf Soldaten noch auf die Zivilbevölkerung ihres Gegners Rücksicht nahmen, daß sie zügellos plünderten, Frauen vergewaltigten, Zivilisten erschossen und Tausende von Deutschen in die Sowjetunion deportierten¹²³⁾. Um die vor der Roten Armee flüchtende ostdeutsche Bevölkerung wie die Ostarmeen vor solchem Schicksal bzw. einer sowjetischen Kriegsgefangenschaft zu bewahren, wollte Dönitz sie mit Hilfe seines Kapitulationsverfahrens hinter die anglo-amerikanischen Linien zurückführen.

Das Urteil der Historiker über die Konzeption, die Durchführung und das Ergebnis dieses Kapitulationsverfahrens ist durchweg positiv. So schreibt Karl Dietrich Erdmann, „daß unter der Verantwortung von Dönitz die Kapitulationsverhandlungen in dieser Endphase des Krieges mit großem Geschick geleitet worden sind und daß er das Bestmögliche aus dieser Situation herausholte“¹²⁴⁾. Ebenso urteilt auch Herbert Michaelis, der hervorhebt, daß es dem „geschickten Vorgehen“ von Dönitz gelungen sei, „etwa zwei bis drei Millionen Menschen vor den Sowjetrussen zu bewah-

¹²²⁾ Lüdde-Neurath, Anlage 7 b, S. 133.

¹²³⁾ Narr, HZ 207/1968, S. 414, hat mit Recht an meiner Untersuchung kritisiert, daß sie in diesem Zusammenhang die sehr unterschiedliche Härte des Krieges und der deutschen Besetzung im Osten und Westen sowie die Auswirkungen der nationalsozialistischen Propaganda auf die Politik der Regierung Dönitz bei der historisch-politischen Beurteilung des „sowjetischen Terrors“ nicht miteinbezogen habe.

¹²⁴⁾ Erdmann, GWU 14/1963, S. 373.

ren" ¹²⁵). Und auch Marlis G. Steinerts abschließendes Urteil über das Verhalten des Großadmirals nach dem Tode Hitlers ist ausgesprochen positiv. Dönitz habe seit der Übernahme der Ämter des Staatsoberhauptes und des Oberbefehlshabers der Wehrmacht „eine Haltung bewiesen, die Achtung verdient“, denn er habe den Mut gehabt, seine früheren „bedingungslosen Kampfparolen Lügen zu strafen und nur nach den Erfordernissen der Lage und seinem Gewissen zu handeln“. Und sie fährt dann fort: „Es ist das Verdienst von Karl Dönitz, auf die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit gehört zu haben... Er bewahrte viele Soldaten vor einer langjährigen sowjetrussischen Gefangenschaft. Man sollte diese Leistung anerkennen und zugleich seine Fehler, geschehen in einer überwundenen Vergangenheit ... in mahnender Erinnerung behalten.“ ¹²⁶)

Als das Hauptverdienst des Großadmirals ist sicherlich das von ihm gewählte Verfahren der zentral von der Reichsregierung gesteuerten stufenweisen Gesamtkapitulation anzusehen. Die zentrale Steuerung der Kriegsbeendigung ermöglichte es aber nicht nur, noch 2¹/₂ bis 3 Millionen Flüchtlinge und Soldaten in den Einflußbereich der Westmächte zu bringen, sondern auch, eine geordnete Übergabe der deutschen Streitkräfte an die Siegermächte und eine kampflose Räumung der noch nicht in den Kriegsschauplatz miteinbezogenen besetzten Gebiete Westhollands, Dänemarks und Norwegens zu arrangieren. — Da die Alliierten grundsätzlich nicht von ihrer „Unconditional Surrender“-Forderung abließen, hatte Dönitz zwar keinerlei Einfluß auf das „Daß“ der bedingungslosen Kapitulation, aber er nutzte die geringe, ihm als deutschem Staatsoberhaupt noch verbliebene Handlungsfreiheit, um das „Wie“ und „Wann“ in der für seine Pläne günstigsten Weise mitzubestimmen.

¹²⁵) Herbert Michaelis, Der Zweite Weltkrieg 1939—1945, in: Handbuch der Deutschen Geschichte (v. Brandt-Meyer-Just) Bd. IV, Abschnitt 5, Konstanz 1965, S. 349.

¹²⁶) Steinert, S. 342 f.

4. Die Regierung Dönitz: Epilog des Dritten Reiches

Mit der völligen Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte verlor Dönitz jegliche reale politische Wirkungsmöglichkeit. Obwohl er zunächst seinen Rücktritt erwogen hatte, blieb er dennoch im Amt, da er den Anspruch des deutschen Staatsoberhauptes auf die Souveränität und Einheit des Reiches nicht freiwillig preisgeben wollte. Nach der Kapitulation wandte sich die Regierung Dönitz stärker ihren zivilen Aufgabenbereichen zu. Dönitz hatte bereits vor der Kapitulation sämtliche führenden Nationalsozialisten — unter ihnen Himmler, Ribbentrop und Rosenberg — aus dem Reichskabinett entlassen und den Reichsfinanzminister, Graf Schwerin von Krosigk, mit der Bildung einer „Geschäftsführenden Reichsregierung“ beauftragt, der nur noch qualifizierte „Fachminister“ angehören sollten.

In diesem Rumpfkabinett waren nur noch Schwerin von Krosigk (Leitender Minister, Äußeres und Finanzen), Speer (Wirtschaft), Backe (Ernährung), Seldte (Arbeit) und Dorpmüller (Verkehr) im Besitz ihres Portefeuilles. Die „Geschäftsführende Reichsregierung“ bemühte sich dann, durch praktische Vorschläge die alliierten Siegermächte für einen zentral gesteuerten Wiederaufbau des deutschen Wirtschafts- und Ernährungs-, Verkehrs- und Finanzwesens zu gewinnen. Aber die Alliierten waren unter keinen Umständen bereit, ihre eigenen Deutschlandpläne einer Zusammenarbeit mit den ehemaligen Ministern Hitlers zu opfern. Churchill war zwar daran interessiert, die Regierung Dönitz als „Verwaltung Dönitz unter alliierter Kontrolle“ beizubehalten, aber die sowjetische und die amerikanische Regierung drängten auf Einhaltung der in Jalta getroffenen Vereinbarungen und forderten ihre Liquidierung. So wurden Dönitz, die „Geschäftsführende Reichsregierung“ und das OKW am 23. Mai 1945 von den Alliierten abgesetzt und verhaftet.

Welche Stellung nimmt die nur dreiwöchige Regierung Dönitz in der jüngsten deutschen Geschichte ein? Sie hebt sich zwar durch ihre

konstruktiven Maßnahmen deutlich von der Untergangpsychose Hitlers ab, aber gehört sie damit bereits zur Geschichte Nachkriegsdeutschlands? Das sogenannte „Dönitz-Tagebuch“, in dem der Adjutant des Großadmirals, Walter Lüdde-Neurath, die wichtigsten Ereignisse der Regierung Dönitz festgehalten hat¹²⁷⁾, enthält eine Reihe von Eintragungen, die eindeutig dagegen sprechen. So heißt es z. B. in der Tagesniederschrift vom 9. Mai 1945: „Grundlage für die weitere Existenz des deutschen Volkes ist die vom Nationalsozialismus geschaffene Volksgemeinschaft.“¹²⁸⁾ Und in der Tagesniederschrift vom 15. Mai 1945 liest man: „Die wahre Volksgemeinschaft, die durch Nationalsozialismus geschaffen, muß erhalten werden; Wahnsinn der Parteien wie vor 1933 darf nicht wieder Platz greifen.“¹²⁹⁾ Dönitz hielt es nach den Worten Schwerin von Krosigks „nicht für opportun“, die NSDAP aufzulösen oder zu verbieten; er war auch gegen ein Verbot der Hakenkreuzflagge und gegen die Entfernung der Standbilder Hitlers¹³⁰⁾. Diese unkritisch-positive Einstellung zum Nationalsozialismus scheint auch der Hauptgrund dafür zu sein, weshalb die Regierung Dönitz keine Initiative für eine politische und konstitutionelle Neuordnung des Reiches ergriffen hat. Marlis G. Steinert schreibt daher auch zu Recht, „daß eine Tolerierung dieser Persönlichkeiten an führender Stelle zu einem nationalsozialistischen Epigonentum, zu einem abgemilderten Führerstaat mit unzureichender parlamentarischer Kontrolle geführt hätte“¹³¹⁾. Die Regierung Dönitz war trotz ihrer Bemühungen um die wirtschaftliche Reorganisation Deutschlands nicht der Neubeginn, sondern das Ende einer Epoche der deutschen Geschichte: der Epilog des Dritten Reiches.

Abschließend sollen hier noch kurz einige spezielle Probleme der historisch-politischen

¹²⁷⁾ Die Niederlage 1945. Aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, hrsg. v. Percy Ernst Schramm, München 1965 (dtv 80/81), S. 418 ff.

¹²⁸⁾ A. a. O., S. 436.

¹²⁹⁾ A. a. O., S. 446.

¹³⁰⁾ Hansen, Das Ende des Dritten Reiches, S. 183.

¹³¹⁾ Steinert S. 346.

Erforschung der Regierung Dönitz deutlich gemacht werden, die Anlaß zu kontroverser Darstellung und Beurteilung gegeben haben. Dönitz schreibt in seinen Memoiren, daß er erst in den Maitagen 1945 von den „KZ-Greueln“ des Dritten Reiches erfahren habe¹³²⁾, die „hinter dem Rücken der Nation begangen wurden“¹³³⁾. Karl Dietrich Erdmann¹³⁴⁾, Marlis G. Steinert¹³⁵⁾ und ich¹³⁶⁾ haben diese Aussage nach Kenntnis und Prüfung der vorliegenden Zeugnisse akzeptiert. Einige meiner Rezensenten haben nun aus den „KZ-Verbrechen Hitlers und Himmlers“¹³⁷⁾ ganz allgemein „Konzentrationslager“ gemacht¹³⁸⁾. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Dönitz wußte selbstverständlich von der Existenz der Konzentrationslager; und er selbst hatte auch dem Einsatz von KZ-Häftlingen als Arbeiter auf den Werften und in den Arsenalen zugestimmt¹³⁹⁾. Aber er hatte sie ganz offensichtlich — mit den Worten Marlis G. Steinerts — „nur als eine Art verschärften Arrests aufgefaßt, in dem Härten an der Tagesordnung waren, aber nicht Grausamkeit und Massenmord“¹⁴⁰⁾.

Soweit die zugänglichen Akten und die vorliegende Literatur hier Aufschluß geben, hat Dönitz offenbar erstmals aus der Weltpresse von den KZ-Verbrechen erfahren, als Generaladmiral v. Friedeburg mit englischen und

¹³²⁾ Dönitz, Zehn Jahre und zwanzig Tage, S. 461.

¹³³⁾ A. a. O., S. 469.

¹³⁴⁾ Erdmann, GWU 14/1963, S. 374.

¹³⁵⁾ Steinert, S. 61 f.

¹³⁶⁾ Hansen, Das Ende des Dritten Reiches, S. 104 f.

¹³⁷⁾ A. a. O., S. 104.

¹³⁸⁾ So Narr, HZ 207/1968, S. 415, der von „KZs u. ä.“, und Gordon A. Craig, Political Science Quarterly, 83/1968, S. 308, der von „concentration camps“ spricht. Abgesehen von solcher unzulässigen Verallgemeinerung möchte ich hier noch selbstkritisch anfügen, daß das bloße Referat der Dönitz-Memoiren gerade in diesem Fall nicht hinreichend sein kann. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Kritik an meinem Dönitz-Bild bei: Biegert, a. a. O.; Turner, a. a. O.; A. Meyer, Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale, Paris, Juli 1969, Nr. 75, S. 114.

¹³⁹⁾ Olga Wormser-Migot, Le Système Concentrationnaire Nazi (1933—1945), Paris 1968 (Publications de la Faculté des Lettres et Sciences Humaine de Paris-Sorbonne, Série „Recherches“, tome 39), S. 404, 569.

¹⁴⁰⁾ Steinert, S. 61.

amerikanischen Zeitungen aus Montgomerys Hauptquartier zurückkehrte, die Bildberichte aus Bergen-Belsen und Buchenwald enthielten. Wenige Tage darauf wurde er dann in Flensburg mit der KZ-Wirklichkeit konfrontiert, als ein Schiffstransport mit KZ-Insassen aus dem Osten eintraf. Ein Gesuch der Regierung Dönitz an General Eisenhower, die Konstituierung des Reichsgerichts für eine Untersuchung der Mißstände in den Konzentrationslagern und die Aburteilung der Schuldigen zu ermöglichen, blieb ohne Antwort ¹⁴¹⁾.

Aber konnten Dönitz die KZ-Verbrechen denn tatsächlich bis zum Mai 1945 völlig verborgen bleiben, wo beispielsweise der Wehrmachtsarzt Gottfried Benn 1943 in seinem Essay „Zum Thema Geschichte“ von Lastwagen schreiben konnte, „auf die jüdische Kinder, vor aller Augen aus den Häusern geholt, geworfen werden, um für immer zu verschwinden“? ¹⁴²⁾ Mit absoluter Sicherheit wird sich die Frage wohl kaum beantworten lassen. Für die subjektive Ehrlichkeit und damit für die Glaubwürdigkeit des Großadmirals sprechen jedenfalls:

- seine unkritisch-willfährige Linientreue und „sein beinahe unbegrenztes Vertrauen“ gegenüber Hitler und dem Nationalsozialismus ¹⁴³⁾, das sich durch „Gerüchte“ nicht erschüttern ließ ¹⁴⁴⁾,
- seine strikte Einschränkung auf das eigene Ressort der Kriegsmarine und damit korrespondierend
- die Geheimhaltungsmanie des nationalsozialistischen Regimes, die — mit den Worten Speers — „Grade des Eingeweihtseins schafft und damit einem jeden Gelegenheiten zur Flucht vor der Wahrnehmung des Unmenschlichen offenhält“ ¹⁴⁵⁾.

¹⁴¹⁾ Hierzu: v. Krannhals, WR 16/1966, S. 371 ff., und die Rezension meiner Untersuchung von Gerd Brausch in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1967, S. 164.

¹⁴²⁾ A. a. O., S. 377.

¹⁴³⁾ Steinert, S. 70. Hierzu auch: Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 415, 437 f., 476 f.

¹⁴⁴⁾ Zu „Gerüchten“, die den Weg zu Dönitz fanden: Lüdde-Neurath, S. 91.

¹⁴⁵⁾ Speer, S. 127.

Marlis G. Steinert hat in diesem Zusammenhang treffend von einer „Reaktion der Selbsterhaltung“ im totalitären Staat gesprochen ¹⁴⁶⁾. Speers eigene Antwort auf die Frage, was ihm von den KZ-Verbrechen bekanntgewesen sei, dürfte auch den Schlüssel für das historische Verständnis der Antwort enthalten, die die Memoiren von Dönitz auf die gestellte Frage geben: Zwar habe er das, was in der „Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 eigentlich begann und in Auschwitz und Maidanek endete, nicht gewußt. Aber“, fährt er dann fort, „das Maß meiner Isolierung, die Intensität meiner Ausflüchte und den Grad meiner Unwissenheit bestimmte am Ende doch immer ich selbst“ ¹⁴⁷⁾.

Ein zweites Forschungsproblem kann nach kontroverser Diskussion als hinreichend gelöst betrachtet werden. Es betrifft die Frage, ob Dönitz bei Antritt der Führer-Nachfolge bereits entschlossen war, den Krieg zu beenden. Walter Baum hat in seiner Abhandlung über den Zusammenbruch der obersten deutschen militärischen Führung (1960) entgegen den Memoiren von Lüdde-Neurath und Dönitz die Auffassung vertreten, daß man in der nächsten Umgebung des Großadmirals unmittelbar nach seiner Ernennung zum Staatsoberhaupt noch darüber im Zweifel gewesen sei, „ob er den Kampf nicht rücksichtslos fortsetzen werde, zumal kleine taktische Erfolge einzelner Truppenteile von einigen Mitarbeitern in der Skl. (Seekriegsleitung) als Zeichen ungebrochener Schlagkraft der deutschen Wehrmacht gedeutet wurden“ ¹⁴⁸⁾. Der Gedanke an die Kapitulation sei ihm erst nach einer kurzen Spanne des Zögerns gekommen. Ebenso beurteilte Lennart Sjöstedt (1964) das Verhalten des Großadmirals am 1. Mai 1945 ¹⁴⁹⁾. Brian Gardner (1964) behauptete so-

¹⁴⁶⁾ Steinert, S. 62.

¹⁴⁷⁾ Speer, S. 127.

¹⁴⁸⁾ Walter Baum, Der Zusammenbruch der obersten deutschen militärischen Führung, in: WR 10/1960, S. 256.

¹⁴⁹⁾ Lennart Sjöstedt, Kapitulation eller strid till sista man? Till frågan om Karl Dönitz' handlingsprogram vid regeringstillträdet 1945, in: Scandia 30/1964, S. 288 ff.

gar, Dönitz habe während der ersten beiden Tage seiner Regierung so gehandelt, „als wolle er bis zur letzten Salve weitermachen“. Seine Absicht sei gewesen, den Kampf „so lange als möglich“ weiterzuführen, um Zeit für „diplomatische Manöver zwischen Ost und West“ zu gewinnen¹⁵⁰). Diese Deutung des Verhaltens von Dönitz ist falsch und wird vor allem durch die Aufzeichnungen Godts eindeutig widerlegt. An eine rücksichtslose Fortsetzung des Krieges unter seiner Regierung hat Dönitz nicht gedacht. Die Zweifel über seine Haltung waren — zumindest in seiner nächsten Umgebung — am Abend des 30. April bzw. am 1. Mai 1945 beseitigt¹⁵¹). Von diesem Zeitpunkt an fühlte er sich — mit den Worten Lüdde-Neuraths — „nur noch dem eigenen Gewissen und nicht mehr gleichzeitig dem Staatsoberhaupt verantwortlich“¹⁵²).

In engem Zusammenhang hiermit ist ein drittes Problem zu sehen, das — um Brian Gardner zu wiederholen — „diplomatische Manöver zwischen Ost und West“ betrifft. Dönitz'

politische Grundhaltung vor und nach der Kapitulation war zwar prononciert antisowjetisch orientiert, er hielt aber — im Unterschied zu Hitler, Goebbels u. a. — einen Bruch der alliierten Kriegskoalition und einen damit verbundenen Fronten- und Bündniswechsel zugunsten Deutschlands für illusorisch¹⁵³). Marlis G. Steinert hat nun die Auffassung vertreten, Dönitz sei nach der Kapitulation unter dem Einfluß seiner Umgebung und dem Eindruck der beginnenden Unstimmigkeiten unter den Alliierten schließlich auch jener Illusion verfallen, die Westmächte für ein Bündnis gegen die Sowjetunion gewinnen zu können¹⁵⁴). Diese Auffassung vermag allerdings nicht recht zu überzeugen, da sie sich nur auf Referentenentwürfe stützen kann, deren möglicher Einfluß auf Dönitz hypothetisch bleibt, und diesbezügliche Äußerungen von Dönitz, geschweige denn ein Angebot der Waffenbrüderschaft an die Westmächte, überdies nicht nachweisbar sind.

5. Das Ende des Deutschen Reiches

Ein viertes und letztes Forschungsproblem führt über die genuin historische Fragestellung hinaus und betrifft die Kontroverse zwischen einerseits staats- und völkerrechtlicher und andererseits historisch-politischer Beurteilung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Die herrschende deutsche Staats- und Völkerrechtslehre vertritt die These, daß der deutsche Staat im Jahre 1945 rechtsfähig geblieben sei, seine Willens- und Handlungsfähigkeit jedoch eingebüßt habe¹⁵⁵). Diese bereits kasuistisch anmutende Differenzierung zwischen Rechts- und Handlungsfähigkeit ist den historisch-politischen Wissenschaften fremd. Hier gilt die politische Willens- und Handlungsfähigkeit als wesentliches Kriterium für die Existenz eines Staates.

¹⁵⁰) Brian Gardner, 1945 oder Die versäumte Zukunft, Wien u. Hamburg 1964 (aus dem Englischen), S. 201.

¹⁵¹) Godts Aufzeichnung bei Erdmann, GWU 14/1963, S. 370, Anm. 9. Danach auch: Hansen, Das Ende des Dritten Reiches, S. 112 f.; Steinert, S. 79 f. — Baum hat seine Deutung (WR 10/1960, S. 256) nach Kenntnis der Aufzeichnungen Godts zunächst korrigiert (Nachwort zu Lüdde-Neurath, S. 184 f.), dann aber unter Berufung auf Sjöstedt erneut die Auffassung vertreten, Dönitz habe erst „nach kurzem Bedenken“ den Entschluß zur Kapitulation gefaßt (Walter Baum, Verlorener Sieg?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/65 v. 5. Mai 1965, S. 20). Im überarbeiteten Wiederabdruck seines Nachworts zu Lüdde-Neurath (a. a. O., S. 354) gibt er wiederum dem Zeugnis Godts den Vorzug, freilich mit der Einräumung „vgl. aber auch Sjöstedt“ (S. 371, Anm. 116).

¹⁵²) Lüdde-Neurath, S. 48. — In diesem Zusammenhang sei auch meine Interpretation des Funkpruchs von Dönitz an den noch am Leben geglaubten Hitler in der Frühe des 1. Mai 1945 korrigiert (Das Ende des Dritten Reiches, S. 94, 113). Herr Walter Lüdde-Neurath hat mich freundlicherweise auf einen Funkpruch von Dönitz an Konteradmiral v. Puttkamer aufmerksam gemacht, aus dem eindeutig hervorgeht, daß Dönitz bereits am 30. April nach dem ersten Funkpruch aus der Reichskanzlei die volle Handlungsfreiheit in Anspruch genommen hat, die ihm dieser Funkpruch als neu bestimmtem Führer-Nachfolger übertrug (Brief an mich v. 29. August 1969); s. auch: Steinert, S. 165.

¹⁵³) Hierzu: Erlaß des Großadmirals v. 11. April 1945, IMT, Bd. XIII, S. 489 f.; Lüdde-Neurath, S. 24; s. auch: Erdmann, GWU 14/1963, S. 367; Hansen, Das Ende des Dritten Reiches, S. 111; Steinert, S. 69.

¹⁵⁴) Steinert, S. 293 ff.

¹⁵⁵) Hierzu und zum folgenden: Hansen, Das Ende des Dritten Reiches, S. 218 ff.

Ein weiterer erheblicher Unterschied zwischen der juristischen und der historisch-politischen Interpretation besteht darin, daß die Staats- und Völkerrechtslehre anhand traditioneller Rechtskategorien urteilt, während die historisch-politischen Wissenschaften empirisch verfahren und sich solcher Kategorien bzw. „theoretischer Perspektiven“ bedienen, die dem historischen Geschehen adäquat sind. Dieser Unterschied zwischen beiden Methoden wird besonders deutlich bei der Beurteilung der deutschen Kapitulation 1945. Weil das herkömmliche Völkerrecht nur den Begriff der militärischen, nicht aber den der staatlich-politischen Kapitulation kennt, wird die deutsche Kapitulation 1945 von Staats- und Völkerrechtlern lediglich als militärischer Vorgang interpretiert. Sie wird also mit Kategorien beurteilt, die dem tatsächlichen Geschehen nicht mehr adäquat sind. So lehnen Erich Kraske und Georg Dahm es beispielsweise ab, die in der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 proklamierte „bedingungslose Kapitulation Deutschlands“ als bedingungslose militärische und staatlich-politische Totalkapitulation Deutschlands zu interpretieren; Kraske, „weil es eine Kapitulation in diesem Sinne ... überhaupt nicht gibt“¹⁵⁶⁾, und Dahm, weil „der Begriff der politischen Kapitulation ... dem

Völkerrecht fremd“ ist¹⁵⁷⁾. Michael Freund spricht daher von den „Fiktionen der Juristen über den Fortbestand eines tatsächlich untergegangenen Reiches“¹⁵⁸⁾. Die historisch-politische Interpretation kommt notwendigerweise zu dem Ergebnis, daß die deutsche Kapitulation 1945 zugleich das Ende des Deutschen Reiches bedeutet. *De facto* hatte das Reich seine politische Handlungsfähigkeit bereits mit der bedingungslosen militärischen Gesamtkapitulation am 8. Mai 1945 verloren, *de iure* verlor es sie mit der Deklaration der bedingungslosen militärischen und staatlich-politischen Totalkapitulation am 5. Juni 1945. Die historisch-politische Bedeutung des totalen deutschen Zusammenbruches im Jahre 1945 erhellt besonders eindrucksvoll aus folgenden Worten, die General de Gaulle am 15. Mai 1945 vor der Assemblée consultative sprach: „Der Sieg ist von den Dimensionen des Krieges. Deutschland, in seinem Traum von der Herrschaft bis zum Fanatismus hingerissen, hat ihn so geführt, daß der Kampf materiell, politisch und moralisch ein totaler Kampf war. Der Sieg mußte daher ein totaler Sieg sein. Das ist geschehen. Insofern sind der Staat, die Macht und die Doktrin, ist das Deutsche Reich völlig zerstört.“¹⁵⁹⁾

¹⁵⁶⁾ Erich Kraske, Bedingungslose Kapitulation und Völkerrecht, in: Juristische Rundschau 3/1949, S. 102.

¹⁵⁷⁾ Georg Dahm, Völkerrecht, Bd. I, Stuttgart 1958, S. 92, Anm. 8.

¹⁵⁸⁾ Michael Freund, Lebt Deutschland noch? Zur Frage des Fortbestandes des „Deutschen Reiches“, in: Die Gegenwart 9/1954, S. 72.

¹⁵⁹⁾ Charles de Gaulle, Discours de Guerre, 3. Vol. (Mai 1944—Septembre 1945), Paris 1945, S. 214.

V. Eine Zäsur von weltgeschichtlicher Bedeutung

Der totale deutsche Zusammenbruch 1945 markiert aber nicht nur in der deutschen, sondern auch in der Weltgeschichte eine tiefe Zäsur. In der deutschen Geschichte bezeichnet er das Ende des Deutschen Reiches, in der Weltgeschichte — mit den Worten Winston Churchills — „Triumph und Tragödie“ der „Vereinten Nationen“¹⁶⁰). Während das Deutsche Reich von der politischen Weltkarte verschwand, begann sich bereits der unvermeidliche Bruch der Kriegsallianz der „Vereinten Nationen“ in zwei antagonistische Machtblöcke abzuzeichnen.

Die Berliner Deklarationen der vier alliierten Siegermächte vom 5. Juni 1945¹⁶¹) kehrten — entgegen der in Jalta vereinbarten „Zerstückelung Deutschlands“ — ausdrücklich zum politischen Grundsatz der staatlichen Einheit Deutschlands zurück. Mit der „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ übernahmen die vier Siegermächte „die oberste Regierungsgewalt in Deutschland“; und mit der Erklärung über das Kontrollverfahren in Deutschland übertrugen sie diese oberste Regierungsgewalt dem alliierten Kontrollrat. „Der Kontrollrat, dessen Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen“, so heißt es in dieser Erklärung, „trägt für eine angemessene Einheitlichkeit des Vorgehens der einzelnen Oberbefehlshaber in ihren entsprechenden Besatzungszonen Sorge und trifft im gegenseitigen Einvernehmen Entscheidungen über alle Deutschland als Ganzes betreffenden wesentlichen Fragen.“¹⁶²) Die gleichzeitig verkündete Aufteilung Deutschlands innerhalb seiner Grenzen vom 31. Dezember 1937 in vier Besatzungszonen sollte lediglich „Besatzungszwecken“ dienen¹⁶³).

Wie die Deklarationen vom 5. Juni 1945 vertrat auch das Potsdamer Abkommen der „Großen Drei“ vom 2. August 1945 den Grundsatz der staatlichen Einheit Deutschlands. Es bezog die von Stalin, Truman und Attlee vereinbarten politischen Grundsätze auf ganz Deutschland und bestimmte, daß „die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein“ müsse. In den wirtschaftlichen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens heißt es, daß Deutschland während der Besatzungszeit „als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten“ sei¹⁶⁴). Dennoch ist die spätere Spaltung Deutschlands im Potsdamer Abkommen schon angelegt. Indem es die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie ausdrücklich als „früher deutsche Gebiete“ (*former German territories*)¹⁶⁵) vom Besatzungsstatus des übrigen Deutschland ausnahm und polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellte, machte es eine einheitliche Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Grundsätze innerhalb der deutschen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von vornherein unmöglich, denn damit wurden die deutschen Ostgebiete dem Einfluß des Kontrollrats, der laut Potsdamer Abkommen die „höchste Regierungsgewalt in Deutschland“ ausüben und über die „Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen“ befinden sollte, faktisch entzogen. Neben diesem auf die Oder-Neiße-Linie reduzierten Kontrollrats-Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit wird im Potsdamer Abkommen aber auch schon das durch den „Eisernen Vorhang“ in Bundesrepublik und DDR geteilte Deutschland der Gegenwart sichtbar, indem es zwei Reparationszonen festlegte, die mit den drei westlichen und der östlichen Besatzungszone identisch waren. Die politische und wirt-

¹⁶⁰) Winston S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bd. VI, Triumph und Tragödie, Stuttgart 1954.

¹⁶¹) Texte: Deuerlein, S. 338 ff.

¹⁶²) Deuerlein, S. 341.

¹⁶³) Deuerlein, S. 342.

¹⁶⁴) Deuerlein, S. 350.

¹⁶⁵) Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Vol. II., Washington 1960, S. 1491; Deuerlein, S. 354.

schaftliche Einheit Deutschlands konnte nur solange aufrechterhalten werden, wie die Kooperation zwischen den Westmächten und der Sowjetunion funktionierte, denn das Veto einer Besatzungsmacht im alliierten Kontrollrat konnte jede Beschlußfassung in den „Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen“ vereiteln und damit den Bruch auslösen.

Im Augenblick des militärischen Triumphes über das Dritte Reich wurde bereits sichtbar, daß die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg nicht im Interesse der von den Westmächten erstrebten Weltfriedensordnung, sondern letztlich um der eigenen Expansion willen ge-

führt hatte. In diesem Moment wurde zugleich deutlich, daß kaum mehr als der gemeinsame Kriegsgegner die Allianz der „Vereinten Nationen“ zusammengehalten hatte¹⁶⁶). Als er niedergerungen war, zerbrach sie in zwei antagonistische Machtblöcke, die fortan das politische Gesicht Deutschlands, Europas und der Welt bestimmen sollten.

¹⁶⁶) Bezeichnend hierfür ist, daß in sowjetischer bzw. sowjetfreundlichen Publikationen weniger von der Allianz der „Vereinten Nationen“ als vielmehr von der „Anti-Hitler-Koalition“, der „antifaschistischen Koalition“ oder der „antifaschistischen Front“ die Rede ist. S. z. B. Schukow, S. 624, 637, 654